

Mitteilung des Senats vom 15. Juli 2008

Strukturpolitisches Konzept zur Neuausrichtung der Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsförderung

Der Senat überreicht der Bürgerschaft (Landtag) das Strukturkonzept Land Bremen 2015 und bittet die Bürgerschaft (Landtag) um Kenntnisnahme.

Freie Hansestadt Bremen

Senator für Wirtschaft und Häfen

Strukturkonzept Land Bremen 2015

Inhaltsverzeichnis

1	Perspektive 2015	2
2	Strukturelle Chancen	4
2.1	Entwicklungsdeterminanten Investitionen, Forschung und Entwicklung, Beschäftigungspotenziale und Talente	5
2.2	Entwicklungsdeterminante Unternehmensstruktur	6
2.3	Entwicklungsdeterminante Rahmenbedingungen	6
3	Wirtschaftspolitische Handlungsfelder	7
3.1	Rahmenbedingungen effektiv gestalten	7
3.2	Häfen als Basis vielfältigen wirtschaftlichen Handelns stützen	10
3.3	Technologie und Know-how als Basis bremischer Innovationspolitik definieren	12
3.4	Qualifizierung/Aus- und Weiterbildung aufwerten	12
3.5	Metropolregion als nationale und europäische Wirtschaftsregion profilieren	14
3.6	Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung	15
4	Strukturelle Handlungsfelder	17
4.1	Industrielle Zentren festigen	17
4.2	Dienstleistungsbereich stärken	18
4.2.1	Verkehr, Transport und Logistik	18
4.2.2	Tourismus	18
4.2.3	Einzelhandel und Zentrenentwicklung	19
4.2.4	Unternehmens- und personennahe Dienstleistungen	20
4.3	Unternehmensstruktur nutzen	21
4.3.1	Mittelstand und Handwerk	21
4.3.2	Klein- und Kleinstunternehmen/Existenzgründer/-innen	21

5	Innovationspolitische Handlungsfelder	22
5.1	Luffahrt und Raumfahrt	23
5.2	Maritime Wirtschaft/Logistik	24
5.3	Umwelt- und Energiewirtschaft/Windenergie	26
5.4	Informations- und Kommunikationstechnologien	27
5.5	Robotik	28
5.6	Innovative Materialien	29
5.7	Medien/Kreativwirtschaft	30
5.8	Gesundheitswirtschaft	31
6	Bremerhaven	32
7	Finanzierungsperspektive	33

Das vorliegende ressortübergreifend abgestimmte strukturpolitische Konzept beschreibt die Neuausrichtung der Wirtschaftspolitik und der Wirtschaftsförderung und wird an den ausgewiesenen Schnittstellen auch ressortübergreifend umgesetzt.

Das Strukturkonzept ist keine Beschlussvorlage für einzelne Projekte. Es zeigt vielmehr grundlegende Positionen auf und bildet einen strategischen Rahmen, an den sich konkrete Projekte und weiterführende Umsetzungsprogramme insbesondere des Senators für Wirtschaft und Häfen andocken werden. Einzelne strukturpolitische Maßnahmen müssen ihre Kohärenz mit der Ausrichtung des Strukturkonzepts sicherstellen.

Mit der Verwirklichung des Strukturkonzepts wird das Land Bremen in der Lage sein, trotz geringerer Mittel eine wirksame Strukturpolitik im Interesse von Unternehmen, Selbstständigen und Arbeitnehmer/-innen zu betreiben.

1 Perspektive 2015

Mehr denn je steht die Wirtschaft in einem globalisierten Wettbewerb um nationale und internationale Marktanteile. Diesen Wettbewerb als Chance zu begreifen, ihn erfolgreich zu gestalten und für das Land Bremen und die Region Wirtschaftskraft und Beschäftigung zu generieren, ist Aufgabe der nächsten Jahre, der sich Wirtschaft, Gesellschaft und Politik stellen werden.

Langfristiges Ziel ist es, dass die Freie Hansestadt Bremen über eine Finanzkraft verfügt, die ausreicht, einer sich entfaltenden Wirtschaft günstige Rahmenbedingungen zu bieten, für eine zukunftsfähige Stadtentwicklung zu sorgen und gleichzeitig sozial- und bildungspolitisch zu handeln.

Der Strukturwandel ist bis 2015 so effektiv zu gestalten, dass

- das Land Bremen in seinen innovationspolitischen Feldern zu den zehn führenden deutschen Standorten gehört,
- das Land sich als zentraler Standort einer grenzüberschreitenden international nachgefragten Seehafen- und Logistikregion behauptet und entwickelt,
- die starken industriellen Zentren im Land nachhaltig verwurzelt bleiben und zugleich ein expandierender Dienstleistungsbereich ein stärkeres Gewicht in der Wertschöpfungsstruktur des Landes einnimmt,
- das Land Bremen seine Position als erste Gründungsadresse im Nordwesten Deutschlands noch weiter ausbaut,
- die Städte Bremen und Bremerhaven leistungsfähige Impulsgeber und Motoren in der Ausgestaltung der Metropolregion Bremen–Oldenburg im Nordwesten bleiben,
- die Innenstädte und Stadtteilzentren in Bremen und Bremerhaven ihre Funktionen für ihre jeweiligen Stadtregionen und für die Metropolregion wachstumsfördernd erfüllen und
- das Land Bremen zum Kompetenzzentrum des Nordens für erneuerbare Energien, effiziente Energieerzeugungstechniken und Klimaschutz wird.

Übergeordnetes Ziel ist die Verbesserung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit in deren Folge die Sicherung bestehender und Schaffung neuer zukunftsfähiger und existenzsichernder Arbeitsplätze erreicht werden soll. Dabei wird eine Strategie der systematischen Verzahnung von ökologischen, ökonomischen und sozialen Zielen verfolgt, um eine nachhaltige Tragfähigkeit aller drei Systeme sicherzustellen. Insgesamt soll es langfristig zu einer sichtbaren Annäherung der landesweiten Arbeitslosenquote an das Niveau der Arbeitslosenquote des Bundes kommen, wobei speziell in Bremerhaven die derzeitige Arbeitslosenquote deutlich um mehrere Prozentpunkte unterschritten werden soll.

Generell werden wirtschafts-, innovations- und investitionsfreundliche Rahmenbedingungen geschaffen, welche die Basis für eine transparente und effiziente Förderlandschaft bilden. Dabei ist eine funktionierende und leistungsfähige Infrastruktur als Rückgrat wirtschaftlicher Entwicklung anzusehen.

Eine weitere Aufwertung des Standorts wird auf ausgewählte Handlungsfeldern fokussiert, um die Position im regionalen, nationalen und internationalen Wettbewerb weiter zu verbessern. Dies verlangt eine Wirtschaftspolitik, die sowohl auf die Stärkung der am Standort vorhandenen Potenziale und Kompetenzen als auch auf die Förderung von Innovationen in wachstumsorientierten Zukunftsfeldern setzt.

Die starke industrielle Komponente, die nach wie vor die Bremer Wirtschaftsstruktur prägt und in großem Umfang Beschäftigung sichert, bedarf der besonderen Aufmerksamkeit der regionalen Wirtschaftspolitik. Ziel ist ein klares Bekenntnis bedeutender bremischer Industrieunternehmen zu ihrem Standort im Land Bremen und ein systematischer Dialog zwischen den betrieblichen Akteuren, der Wissenschaft und der Politik.

Zugleich wird der Strukturwandel in seinen positiven Auswirkungen weiter aktiv vorangetrieben. Mit neuen Produkten und Verfahren können neue Märkte erobert, Verbesserungen der Produktqualität, Produktivitätssteigerungen oder auch Verbesserungen der Arbeits- und Umweltbedingungen und damit steigende Umsätze und Beschäftigung erzielt werden. Um hohe gesamtwirtschaftliche Erträge im Interesse der wirtschaftlichen Leistungskraft der Region zu erreichen, ist es erforderlich, Forschung und Entwicklung in den Unternehmen anzuregen und branchenübergreifenden Wissens- und Technologietransfer zu forcieren. Wirtschaftsräume mit besonderem Innovationspotenzial als Motoren und Stabilisatoren einer nachhaltigen und wachstumsorientierten Entwicklung sind zu stärken.

Das Land Bremen wird mit seinen Wissenschaftseinrichtungen und der regionalen Wirtschaft die ressortübergreifend getragenen Leitthemen weiter entwickeln und Innovationsfelder stärken, in denen bremische Unternehmen ihre Innovationsfähigkeit unter Beweis stellen. Durch prioritär zu betreibende Clusterpolitik wird in spezialisierten Bereichen eine gesteigerte internationale Wettbewerbsfähigkeit angestrebt. Die Freie Hansestadt Bremen nimmt als Oberzentrum im Nordwesten eine bedeutende Rolle unter den Technologiestandorten in Norddeutschland ein. Diese Rolle soll profiliert und ausgebaut werden.

Die politischen Strategien und damit korrespondierende Förderinstrumente der EU stellen einen zunehmend wichtiger werdenden Handlungsrahmen für die regionale Wirtschafts- und Strukturpolitik dar. Die Freie Hansestadt Bremen hat sich dazu mit seiner EU-Strategie sowie verschiedenen Fachprogrammen der einzelnen Ressorts positioniert und wird seine Schlüsselkompetenzen europaweit vernetzen und kommunizieren sowie europäische Impulse aufgreifen.

Ziel ist zudem die Diversifizierung der Unternehmens- und Branchenstruktur und die Verbesserung der Standortbedingungen insbesondere für die mittelständische Wirtschaft mit ihren Klein- und Mittelunternehmen (KMU). KMU leisten einen besonderen Beitrag für Wachstum, Beschäftigung und Ausbildung sowie für den Strukturwandel im Land Bremen. Künftig wird zusätzlich ein stärkerer Fokus auf die Kleinstunternehmen mit ihren besonderen Chancen und Anforderungen gelegt.

Hinsichtlich einer notwendigen regionalen Prioritätensetzung sind die Herausforderungen Bremerhavens aus rückläufigen Bevölkerungszahlen und einer hohen Arbeitslosigkeit stärker in den Vordergrund der Landespolitik zu stellen. Die strukturpolitischen Maßnahmen des Landes Bremen werden daher einen Schwerpunkt auf die Verbesserung der wirtschaftlichen Situation Bremerhavens legen. Die Konkretisierung der für die Stärkung Bremerhavens erforderlichen ressortübergreifenden Maßnah-

men und Projekte erfolgt in einer auf die spezifischen Standortbedingungen ausgerichteten Wachstums- und Beschäftigungsinitiative Bremerhaven 2020.

In ihren Innenstädten und Zentren müssen Städte die Folgen des demografischen Wandels, der europäischen Einigung und der Globalisierung brennpunktartig bewältigen. Ihre Funktion für gesellschaftlichen Fortschritt und die wirtschaftliche Prosperität können Städte nur dann erfüllen, wenn sie in Bezug auf ihre Innenstadt- und Stadtteilzentrenentwicklung, ihre Baukultur, ihre Infrastrukturen und ihren sozial-räumlichen Zusammenhalt Anpassungsvermögen entwickeln und die erforderlichen Strukturadaptierungen zulassen.

Für eine effektive Strukturpolitik sind zentrale Schnittstellen der verschiedenen Politikfelder zu identifizieren und Ziele ihrer Ausgestaltung zu definieren. Im Zuge der durch zum Teil ressortübergreifend abgestimmten Programme und Maßnahmen zu konkretisierenden Umsetzung des Strukturkonzepts sind

- Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik an der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der Sicherung von Qualifizierung zu orientieren und einen Beitrag zur sozialen Stabilisierung zu leisten,
- Wirtschafts- und Wissenschaftspolitik im Bereich der Technologie- und Innovationsförderung eng aufeinander zu beziehen,
- Wirtschafts- und Bildungspolitik an der Sicherung der Bildungs- und Ausbildungschancen der nachwachsenden Generation auszurichten,
- Wirtschafts- und Umweltpolitik enger miteinander zu verzahnen, um die wirtschafts- und arbeitsplatzfördernden Chancen moderner Umwelttechnologien und -dienstleistungen umfassend zu nutzen,
- Wirtschafts-, Bau- und Verkehrspolitik im Gleichklang zu entwickeln, um zukunftsfähige Stadtstrukturen und Infrastrukturen zu erhalten,
- insgesamt wirtschafts-, innovations- und investitionsfördernde Rahmenbedingungen zu erhalten bzw. zu schaffen.

2 Strukturelle Chancen

Mit dem Strukturkonzept werden Chancen eröffnet, die sich aus der sozioökonomischen Situation und den sich abzeichnenden Entwicklungstrends im Zwei-Städte-Staat ergeben.

Das Ergebnis von Wirtschaftspolitik wird anhand von Kennziffern wie Bruttoinlandsprodukt, Produktivität und Erwerbstätigkeit dargestellt; Politik kann diese Größen wiederum mittelbar über die Ausgestaltung entwicklungsbestimmender Faktoren beeinflussen. Die bremische Strukturpolitik wird sich an die Entwicklungsdeterminanten Investition, Forschung und Entwicklung, Beschäftigungspotenziale und Talente, Unternehmensstruktur sowie wirtschaftsrelevante Rahmenbedingungen richten und diese für die qualitative Entwicklung der Region nutzen, um die Basis für die regionale Wettbewerbsfähigkeit zu stärken.

Dabei ist die konjunkturelle Entwicklung als überwiegend externer bestimmender Faktor anzusehen. Zudem richtet sich der Handlungsrahmen der Strukturpolitik eines Bundeslandes nach Vorgaben auf EU- und Bundesebene; hier wird aber in Zukunft noch stärker das politische Instrument der bremischen Mitarbeit in den Gremien und Fachkommissionen im Bund sowie bei der Europäischen Kommission im Interesse der regionalen Strukturpolitik der Freien Hansestadt Bremens eingesetzt.

Somit ist bei der Ausgestaltung der Strukturpolitik zu beachten, dass das Land Bremen in überregionale ökonomische und gesellschaftliche Zusammenhänge eingebettet ist, welche die wirtschaftliche Entwicklung wesentlich bestimmen. Auswirkungen landeseigener Strukturpolitik zeigen sich eher mittel- bis langfristig, sodass der Kurs zwar der ökonomischen „Großwetterlage“ angepasst werden kann, die Bewegungen des schwerfälligen „Tankers“ wirtschaftsstrukturelle Entwicklung aber nur langsam zu beobachten sein werden.

Trotzdem ist es Ziel, dass bis zum Jahr 2015 die Erfolge der neu gewichteten Strukturpolitik für Unternehmen, Selbstständige und Arbeitnehmer/-innen greifbar werden. Dazu wird sich die künftige Wirtschaftspolitik darauf konzentrieren, den Bestand und die vorhandenen Stärken der bremischen Wirtschaft in beiden Städten weiter auszu-

bauen und entwicklungshemmende Schwächen konsequent abzubauen. Das Beispiel „Windenergie“ zeigt, dass es bei konsequentem Einsatz aller verfügbaren strukturellen Instrumente gelingen kann, innerhalb eines halben Jahrzehnts bemerkenswerte Impulse auszulösen.

2.1 Entwicklungsdeterminanten Investitionen, Forschung und Entwicklung, Beschäftigungspotenziale und Talente

- Ein Handlungsfeld liegt in der Unterstützung von Investitionsaktivitäten der Unternehmen durch geeignete Rahmenbedingungen und gezielte Förderung. Speziell von den Ausrüstungsinvestitionen hängt der Modernitätsgrad des Kapitalstocks und damit die Grundlage für die unternehmerische Wettbewerbsfähigkeit ab. Eine aktive Arbeitsmarktpolitik kann kurz- und mittelfristig dort Abhilfe schaffen, wo die Gründe für eine unterdurchschnittliche Beschäftigungsentwicklung trotz hoher Umsätze beim Fachkräftemangel liegen. Ziel ist es deshalb, durch eine vorausschauende und mit der Wirtschaftsförderung abgestimmte Gesamtpolitik (Arbeits- und Bildungspolitik im Zusammenspiel mit einer Politik der Stärkung weicher Standortfaktoren) diese Mängel abzubauen.
- Trotz bemerkenswerter Anstrengungen in einigen Sektoren sind die eigenfinanzierten FuE-Aufwendungen bremischer Unternehmen speziell vor dem Hintergrund eines hohen Unternehmensanteils in forschungsintensiven Wirtschaftszweigen noch relativ gering. Dies ist u. a. auf die Zurückhaltung der Großunternehmen zurückzuführen, da sie zum Teil wenig eigene Forschungseinheiten aufweisen oder ihre Forschungszentren außerhalb des Landes Bremen betreiben. Die Entscheidung von Großkonzernen über die Lokalisierung ihrer Forschungszentren ist durch regionale Strukturpolitik nur bedingt zu beeinflussen. Aussichtsreicher ist die Hervorhebung der Standortvorteile der hiesigen Forschungslandschaft und passenden Netzwerkstrukturen, um Unternehmen unterschiedlicher Größe enger mit den bremischen Institutionen zu verzahnen. Die Erfahrung zeigt, dass daraus langfristig zu einem besseren Kontakt hiesiger Einrichtungen nach außerhalb entstehen und sich zum anderen Wirtschaftsunternehmen stärker für den Standort der Freien Hansestadt Bremen interessieren. Deshalb werden besondere Anstrengungen darauf zu richten sein, Transferaktivitäten zwischen Wirtschaft und Wissenschaft so steuernd zu unterstützen, dass u. a. durch einen nachhaltigen Clusteraufbau verstärkte FuE-Aktivitäten bei den Unternehmen begünstigt werden. Die Chancen liegen zudem in der Ausrichtung der wissenschaftlichen und beruflichen Ausbildung auf bremenspezifische Leitthemen mit hohen Innovationsaktivitäten und großem Beschäftigungspotenzial sowie bei der Unterstützung von Existenzgründungen durch hochqualifizierte Beschäftigte. Um eine Erweiterung der Geschäftsfelder anzuregen, wird eine stärkere Vernetzung der innovativen Unternehmen untereinander und mit den industriellen Kernen von staatlicher Seite prioritär unterstützt und begleitet.
- Speziell im Land Bremen lässt die Bevölkerungsprognose erkennen, dass das Arbeitskräfteangebot insbesondere in der beruflich aktivsten Gruppe der 30- bis unter 50-Jährigen stärker als bisher durch Frauen geprägt sein wird. Mit dem Ziel, die vorhandenen Beschäftigungspotenziale von Frauen möglichst effektiv und effizient zu nutzen und damit auch dem zu erwartenden Fachkräftemangel zu begegnen, bedarf es einer stärkeren Aufmerksamkeit der Wirtschaftspolitik auf diese Zielgruppe. Frauen müssen künftig stärker als bisher auf allen Qualifikationsniveaus und auf allen Hierarchieebenen als Fach- und Führungskräfte gewonnen werden, insbesondere auch in den zukunftssträchtigen innovativen Branchen. Darüber hinaus ist im Bereich der Existenzgründungen das Potenzial von Frauen durch niedrighschwellige und spezialisierte Beratungsangebote zu aktivieren. Zudem wird eine aktive Politik in Hinblick auf eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf dazu führen, dass durch geringere Ausfallzeiten aufgrund von Kindererziehung berufliches Wissen nicht so schnell an Aktualität verliert. Um die absehbare demografische Lücke bei den Fachkräften zu schließen, ist weiterhin anzustreben, dass älteren Arbeitnehmern/-innen Perspektiven für einen längeren Verbleib im Beruf eröffnet werden.
- Vor dem Hintergrund der stetig wachsenden Wirtschaftsbeteiligung von Migranten/-innen kann auch in dieser Zielgruppe von auszuschöpfenden Entwicklungspotenzialen ausgegangen werden. Generell soll zur Förderung der Potenziale von Unternehmen/-innen mit Migrationshintergrund eine gezielte Ansprache durch spezifische Beratungsangebote erfolgen. Dafür sollen weiter ver-

besserte Zugänge zu den Programmen der Wirtschaftsförderung als auch Qualifizierungsseminare für kleine Unternehmen oder Unternehmensgründungen geschaffen werden.

2.2 Entwicklungsdeterminante Unternehmensstruktur

- Ein Viertel der Beschäftigung konzentriert sich im Land Bremen auf wenige Großunternehmen. Da diese Großunternehmen international konkurrenzfähig agieren, ist damit einerseits ein großer Wirtschaftsbereich Bremens in internationalen Wirtschaftskreisläufen eingebunden, was zu extern generierten Einkommens- und Kapitalströmen führt. Andererseits macht die Abhängigkeit des Land anfällig für konjunkturelle Entwicklungsschwankungen und für konzerninterne Entscheidungen über Produktionsstandorte. Hier gilt es, eine gezielte Bestandspflege durchzuführen, um die Wachstums- und Beschäftigungsbasis weiter zu fundieren und gleichzeitig eine Diversifizierung der Wirtschaftsstruktur zu unterstützen.
- Eine strukturelle Stärke zeigt sich beim Beschäftigungswachstum der Dienstleistungsbranchen, wobei insbesondere die unternehmensorientierten Dienstleistungen bisher überdurchschnittliche Wachstumsraten aufweisen konnten. Diese positiven Entwicklungen sind insbesondere mit den starken Entwicklungen in den Sektoren Verkehr (Häfen) und (Groß-)Handel verbunden, welche durch die hervorragende infrastrukturelle Ausstattung von dem wachsenden Welthandel profitieren. Geeignete Rahmenbedingungen sollen diesen Prozess weiter unterstützen, um schließlich auch einen Niveausprung beim Besatz an Unternehmensdienstleistungsunternehmen zu erreichen. Hierzu zählen auch Querschnittsbranchen wie die Umweltwirtschaft, die im Land Bremen insbesondere von dienstleistungs- und forschungsorientierten Betrieben geprägt ist. Auch im Bereich Tourismus sind weitere Potenziale zu nutzen. Das gilt sowohl für den Geschäftstourismus anlässlich von Tagungen, Messen und Kongressen als auch für den imagebildenden Städtetourismus.
- Die Gründungsintensitäten zeigen ausgehend von einem durchschnittlichen Besatz an Selbstständigen insgesamt zwar positive Entwicklungen auf. Unterdurchschnittliche Intensitäten sind aber bei der Spitzentechnik und der hochwertigen Technik im verarbeitenden Gewerbe sowie eher durchschnittliche Gründungsintensitäten bei der hochwertigen Technik und den technologieintensiven Dienstleistern festzustellen. Hier sollen künftig verstärkte Anstrengungen durch den integrierten Ansatz der Innovationspolitik erfolgen.

2.3 Entwicklungsdeterminante Rahmenbedingungen

- Insgesamt, d.h., in Bezug auf die Potenziale in Wirtschaft und Wissenschaft, bietet die vorhandene wissenschaftliche FuE-Infrastruktur im Land Bremen ein starkes Potenzial sowohl im Bereich der Grundlagenforschung als auch für anwendungsnahe Forschung. Zudem zeigen die Technologie- und Gründerzentren als fester Bestandteil im Rahmen der Innovations- und Existenzgründungsförderung sehr gute Erfolgs- und Auslastungsquoten.
- Im Bereich der infrastrukturellen Ausstattung weisen die Erreichbarkeit beider Städte und deren Einbindung in überörtliche Verkehrsnetze zurzeit Defizite auf, die durch die im Bundesverkehrswegeplan dargestellte Ausbaunotwendigkeit einzelner Verkehrsträger behoben werden sollen. Ferner ist Bremerhaven seit einigen Jahren nicht mehr an das InterCity- bzw. InterRegio-Netz der Deutschen Bahn angeschlossen, was die Seestadt als Oberzentrum mit den dazugehörigen Funktionen geschwächt hat. Da prognostisch mit wesentlichen Steigerungen der Verkehrsleistungen gerechnet wird, sind Projekte für die Sicherung der Mobilität und für die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Landes Bremen unabdingbar.
- Dem überproportionalen Zuwachs im Bereich des Güterverkehrs ist insbesondere durch einen angemessenen Ausbau der Hinterlandanbindungen zu begegnen, um den Hafenstandort Bremen/Bremerhaven zu sichern.
- Ein Erfolg der strukturpolitischen Anstrengungen des Bundeslandes Bremen ist darin zu sehen, dass aktuell qualitativ hochwertige Gewerbeflächen am Markt angeboten werden können. Es zeigt sich aber auch, dass in der momentanen konjunkturellen Situation eine entsprechend große Nachfrage existiert, sodass in einigen Bereichen bereits Engpässe bestehen. An einzelnen Standorten und für erfolgreiche Cluster (z. B. Logistik/Offshore/Windenergie) ist es erforderlich,

geeignete ergänzende Erschließungen durchzuführen, um ein marktgerechtes Gewerbeflächenangebot aufweisen zu können. Zudem zeichnet sich in der Gewerbeflächenentwicklung ein Handlungsbedarf im Bereich brachgefallener oder untergenutzter Flächen ab.

- Zahlreiche Branchen in der Hansestadt haben sich entsprechend der Hafentwicklung aus Bezügen zur Schifffahrt, Fischfang usw. herausgebildet und stellen weiterhin das Rückgrat der bremischen Wirtschaft dar. Besonders in der Seestadt Bremerhaven sind diese Wirtschaftsbereiche von entscheidender Bedeutung für jeden regional- oder sektoralpolitischen Ansatz. Gleichzeitig besteht mit dem bremischen Überseehafengebiet, einschließlich Containerterminal und Autoumschlag, der wesentliche Kern der maritimen Wirtschaft des Landes in der Seestadt, ergänzt um den neuen Sektor der meeresbezogenen Energieerzeugung im Bremerhavener Fischereihafen. Insoweit kommt dem laufenden Ausbau des CT IV und der Kaiserschleuse eine herausragende Bedeutung zu. Während die direkten Effekte in der Region Bremerhaven Wirkung zeigen werden, profitiert die Stadt Bremen über nachgelagerte Wertschöpfungsketten in hohem Maß von diesen Vorhaben. In der Zukunft ist es für Bremerhaven erforderlich, besonders die ans Hafengebiet angrenzenden Gewerbegebiete weiter zu erschließen und zu vermarkten und Logistikaktivitäten – wo immer möglich – mit Wertschöpfung vor Ort zu verbinden, wie es in der Offshore-Windenergie bereits gelungen ist.
- Vorrangige Bedeutung bei der Sicherung und Stärkung der städtischen Zentren haben die Innenstädte. Der spezielle Mix aus Handel, Dienstleistungen, Kultur und Freizeitangeboten positionieren die Oberzentren Bremen und Bremerhaven weit über die engere Region hinaus. Aber trotz erheblicher Anstrengungen der Städte Bremen und Bremerhaven weisen einzelne Stadträume und Ortsteile noch funktionale Schwächen auf: Diese zeichnen sich in einigen Stadtteilen insbesondere durch Defizite bei der Nahversorgung, Geschäftsleerstände, geringe Nutzungsmöglichkeiten der Naherholungs- und Freizeitflächen, öffentlicher Räume und Plätze sowie mangelhafter Ausstattung mit soziokulturellen Einrichtungen aus. Hinzu kommen untergenutzte Grundstücke, Brachflächen und mangelhafte Straßenräume. Auch in den Innenstädten Bremens und Bremerhavens sind trotz erheblicher Anstrengungen in den letzten Jahren noch nicht alle Funktionsdefizite beseitigt. Die Beseitigung der entwicklungshemmenden Defizite und die gezielte Förderung der Stärken in den Stadtteilen und Innenstädten sind eine Vorbedingung für eine stabile städtische Gesellschaft, um eine oberzentrale Funktion als Beitrag für Wachstum und Beschäftigung in der jeweiligen Region und in der Metropolregion insgesamt zu erfüllen.

Die Ausstattung an Entwicklungsdeterminanten zeigt positive Entwicklungen bei den wissenschaftlichen Forschungskapazitäten und dem Gründungsverhalten sowie noch grundsätzlich anzugehende Aktivierungspotenziale hinsichtlich des Investitionsverhaltens der Unternehmen, bei FuE-Aktivitäten sowie bei der Gestaltung stadträumlicher Funktionen. Die Entwicklungsdeterminanten liegen im Fokus der Strukturpolitik, welche sich künftig auf nachfolgend aufgeführte wirtschaftspolitische, strukturelle sowie innovationspolitische Handlungsfelder ausrichten wird.

Die Mehrdimensionalität der regionalwirtschaftlichen Betrachtung macht es dabei erforderlich, übergreifende Themen in den unterschiedlichen Handlungsfeldern wiederholt aufzugreifen und sie mit den jeweiligen Aktivitäten zu verbinden.

3 Wirtschaftspolitische Handlungsfelder

3.1 Rahmenbedingungen effektiv gestalten

Wirtschaft benötigt funktionierende und ihren Bedürfnissen entsprechende Rahmenbedingungen. Hierzu zählen neben der Vorhaltung einer adäquaten Verkehrs-, Ver- und Entsorgungsinfrastruktur, nachfragegerechte Flächenangebote, und allgemeine Rahmenbedingungen wie wettbewerbsfähige Standortkosten, wirtschaftsorientierte Verfahrensabläufe und eine effiziente und effektive Genehmigungspraxis. Diese spezifischen Rahmenbedingungen müssen zudem adressatengerecht bekannt gemacht werden. Dabei ist zu berücksichtigen, dass weiche Faktoren wie ausreichende Bildungsangebote, eine gute Umweltqualität und kulturelle Vielfalt ebenfalls eine Rolle bei unternehmerischen Entscheidungen spielen.

Bremen und Bremerhaven verfügen mittlerweile über ein weitgehend bedarfsgerechtes sowie regional und qualitativ differenziertes Gewerbeflächenangebot, das u. a.

eine clusterorientierte Ansiedlungspolitik ermöglicht. Diese Qualitäten gilt es zu erhalten bzw. weiter auszubauen, denn der Standortwettbewerb der Großstädte und Regionen, aber auch der kleinräumige Wettbewerb mit dem niedersächsischen Umland nimmt an Intensität eher noch zu. Bei der weiteren Entwicklung und Erschließung von Gewerbegebieten sind zukünftig verstärkt PPP-Realisierungsmodelle mit dem Ziel der Haushaltsentlastung zu prüfen. Die entsprechenden inhaltlichen Akzentuierungen sind in einer Neubestimmung des IFP für die Stadt Bremen sowie eines Gewerbeflächenprogramms für die Seestadt Bremerhaven festzulegen. Dabei wird der Binnenentwicklung und Nachverdichtung im Innenbereich aus ökonomischen und ökologischen Gründen grundsätzlich Vorrang eingeräumt. Neue Aspekte wie die Kooperation von Unternehmen in einem Gewerbegebiet, z. B. bei der Wärmenutzung, können neue Qualitäten bringen und Kosten reduzieren.

Insbesondere im GVZ Bremen und in den innovativen Gewerbe- und Dienstleistungsstandorten Überseestadt, Technologiepark und dem Science Park an der Jacobs University Bremen sowie in Bremerhaven im Zusammenhang mit dem Gewerbegebiet Luneort und der Entwicklung der Luneplate für den Großanlagenbau sowie im Stadtnorden im Zusammenhang mit der Logistikwirtschaft werden weiterhin Erschließungsinvestitionen erforderlich sein. Im Rahmen der regionalen Entwicklung im Kommunalverbund und der Metropolregion Bremen–Oldenburg im Nordwesten ist darüber hinaus zu prüfen, ob durch gemeinsame Gewerbeentwicklungen ein Entwicklungsschub erreicht werden kann.

Vorranggebiete in der Stadt Bremen mit entsprechend unterschiedlichem inhaltlichen Profil sind die Überseestadt, der Technologiepark, die Airport-Stadt, das GVZ, der Bremer Industriepark und der Gewerbepark Hansalinie. Insbesondere die rasante Entwicklung von Überseestadt und Airport-Stadt macht deutlich, dass marktkonforme, moderne Gewerbebestandorte, in denen städtebauliche Qualitäten mit Markterfordernissen in Einklang gebracht werden, erfolgreich am Markt positioniert werden können. Die Überseestadt ist dabei mehr als ein erfolgreicher Wirtschaftsstandort; sie ist das Symbol für einen erfolgreichen Strukturwandel in Bremen und die Reurbanisierung alter Hafengebiete. Das GVZ wurde als erfolgreichster Logistikstandort Deutschlands ausgezeichnet. Dies gilt es auch zukünftig mit bedarfsgerechten Erschließungsmaßnahmen zu sichern.

Das wichtigste strukturpolitische Projekt für Bremen-Nord ist in diesem Zusammenhang die Entwicklung des Science Parks an der Jacobs University Bremen. Der Science Park soll den erforderlichen Raum für einen direkten Technologietransfer und für eine enge Verzahnung von Wissenschaft, Wirtschaft und Praxis schaffen. Weiterhin wird in Bremen-Nord die Entwicklung eines Gesundheitsparks auf den Flächen der ehemaligen Wilhelm-Kaisen-Kaserne verfolgt. Hier kann der erforderliche Raum für die Ansiedlung von gesundheitswirtschaftlich orientierten Unternehmen geschaffen werden, um hochwertige Arbeitsplätze für Bremen-Nord zu gewinnen. Der erfolgreich revitalisierte ehemalige Wertstandort Bremer Vulkan wird durch die Erschließung der BWK-Flächen erweitert, um Arbeitsplatzpotenziale im industriell-gewerblichen Sektor zu schaffen.

Vorranggebiete in Bremerhaven sind das Carl-Schurz-Gelände, Speckenbüttel, Poristraße und der südliche Fischereihafen, einschließlich der geplanten 200 ha Industriegebiet auf der neu von Niedersachsen erworbenen Luneplate. Zentral ist in diesem Zusammenhang die weitere verkehrliche Erschließung dieser Areale insbesondere vor dem Hintergrund der spezifischen Bedarfe der Offshore-Windenergiebranche im Stadtsüden.

Die Entwicklung der bremischen Häfen als Drehscheibe internationaler Waren- und Verkehrsströme war in den vergangenen Jahren von hohen Wachstumsraten geprägt, die zu bedeutenden Investitionen in den Ausbau der öffentlichen Hafeninfrastruktur führten. Umfangreichere Ausbaumaßnahmen sind aufgrund räumlicher Restriktionen in Bremerhaven nicht mehr umsetzbar, was zur bremischen Beteiligung am Tiefwasserhafen in Wilhelmshaven führte. Nach Abschluss der laufenden Großprojekte wird der Hafenstandort vor neuen Herausforderungen stehen, die in der effizienteren Nutzung, der Optimierung und Anpassung der vorhandenen Infrastruktur liegen. Wesentliche Ausbaupotenziale liegen in den Gewerbebestandorten. Daher ist die Zusammenarbeit zwischen gewerblicher Wirtschaft und Hafenwirtschaft breiter auszunutzen.

Der Infrastrukturausbau verbessert nachhaltig die Erreichbarkeit von Absatz- und Beschaffungsmärkten und eröffnet damit neue Chancen vor allem für die weitere Expan-

sion der Logistik- und Seehafenwirtschaft. Er fördert darüber hinaus die Vernetzung und Standortsicherung der norddeutschen Industriestrukturen, z. B. im Luft- und Kraftfahrzeugbau, und verbessert die Erreichbarkeit der Tourismusregion. In den vergangenen Jahren wurde im Land Bremen umfangreich in die Modernisierung und den Ausbau der verkehrlichen Infrastruktur investiert. Im Wesentlichen sind die Wirtschaftsstandorte in Bremen gut erreichbar. In der Stadt Bremen sind nunmehr zügig der Autobahnringchluss der A 281 und die Realisierung des fünften Bauabschnittes nach Brinkum zum Abschluss zu bringen, um sowohl die verkehrliche Erreichbarkeit des GVZ, der Häfen links der Weser und des Industrieparks/Stahlwerke zu verbessern als auch um Wohnquartiere verkehrlich zu entlasten. Der Ausbau der B 212n ermöglicht als integraler Bestandteil eine bessere Anbindung an den Unterweserraum.

In Bremerhaven ist die Anbindung der Überseehäfen an die Autobahn zu verbessern. Daneben ist durch Maßnahmen des Bundes, insbesondere für den Schienen- und den Güterfernverkehr, die überregionale Erreichbarkeit der Hafen- und Logistikstandorte Bremen und Bremerhaven zu verbessern, wie der Umbau des Knotens Bremen. Die Freie Hansestadt Bremen wird sich beim Bund für eine entsprechend prioritäre Behandlung einsetzen. Die Infrastruktur ist in ihrem Bestand zu sichern und funktionsfähig zu halten. Aufgrund der sehr dynamischen Entwicklung im südlichen Fischereihafen sind eine Weiterentwicklung der Verkehrsanbindung Am Luneort sowie des Gewerbegebietes Bohmsiel und des künftigen 200 ha großen Gewerbegebietes auf der Luneplate vorrangig. Diese Planungen werden mit Blick auf die benachbarten europäisch geschützten NATURA 2000- und Kompensationsgebiete sorgfältig vorbereitet. Eine südliche Umgehung des Entwicklungsgebietes Luneort als überörtliche Erschließung des westlichen Fischereihafens wird vor diesem Hintergrund ebenso geprüft wie eine schleusenunabhängige Anbindung des Entwicklungsgebietes Luneplate an das seeschifftiefe Wasser durch einen Hafenbau an der Weser.

Die Standortkosten sind für die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen mit entscheidend. Bremen weist im Vergleich zu anderen Großstädten moderate Standortkosten auf. In diesem Zusammenhang muss allerdings auch beachtet werden, dass Bremen sich bei den Standortkosten nicht nur mit anderen Großstädten im Wettbewerb befindet, sondern auch mit den prosperierenden Umlandgemeinden. Aus diesem Grund ist es das Ziel, die Standortkosten der Unternehmen auf geringem Niveau zu halten.

Das Land Bremen unternimmt Anstrengungen zum Bürokratieabbau, die fortgesetzt werden. Der Abbau von unnötiger Bürokratie, beschleunigte Zivilgerichtsverfahren, die weitere Stärkung des E-Governments und insbesondere die wirtschaftsfreundliche und rechtssichere Vereinfachung von Verfahren und Genehmigungsabläufen tragen sowohl zur Senkung der Standortkosten bei, also auch zur wirtschaftsfreundlichen Gestaltung des Umfeldes. Durch Bürokratieabbau können zudem Verwaltungskosten der öffentlichen Hand reduziert werden. Insbesondere die Überprüfung des gesamten bremischen Normenbestands im Hinblick auf materiell-rechtliche Hürden für EU-Dienstleistungserbringer/-innen und die Vereinfachung von Verwaltungsabläufen sowie die vollelektronische Verfahrensabwicklung im Rahmen der Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie soll in der Freien Hansestadt Bremen zur effizienten und kundengerechten Gestaltung der wirtschaftsrelevanten Verwaltungsdienstleistungen genutzt werden.

Die allgemeine Standortqualität (weiche Standortfaktoren) spielt u. a. eine wichtige Rolle bei den Bestrebungen zur Bindung bzw. Gewinnung einer ausreichenden Zahl an Fach- und Führungskräften für das Land Bremen. Die in den vergangenen Jahren durchgeführten Maßnahmen zur Aufwertung der Innenstädte und Nebenzentren, die Etablierung und Optimierung (kultureller und sportlicher) Veranstaltungsangebote sowie der Ausbau der kulturellen, touristischen und der veranstaltungsbezogenen Infrastruktur haben zu einer erheblichen Steigerung der Lebens- und Aufenthaltsqualität für Bremer/-innen und Besucher/-innen der Stadt geführt. Zu den weichen Faktoren zählen auch weitergehende Aufenthaltsqualitäten in der Stadt, Grünflächen, Angebote für Fußgänger/-innen und Radfahrer/-innen sowie von Lärm- und Schadstoffbelastung geschützte stadtnahe und attraktive Wohnquartiere. Standortqualität basiert zudem auf der dauerhaften Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung. Das Erreichte ist zu sichern und durch punktuelle Maßnahmen weiter auszubauen und zu verbessern. Notwendig sind künftig Anstrengungen beim Thema Betreuungsqualität für Kinder in Tageseinrichtungen sowie insbesondere bei der Bildungsqualität als zentraler Standortfaktor für die Einwohnergewinnung, für Beschäftigungssicherung, für die Gewinnung von Fach- und Führungskräften und für Unternehmensansiedlungen.

Ein Teilaspekt des demografischen Wandels ist eine leichte Zunahme der Einwohnerzahlen für die Stadt Bremen bzw. ein zu verzeichnender Einwohnerverlust in Bremerhaven. Für den Zwei-Städte-Staat hat diese Problematik eine besondere Dimension, da jeder einzelne Einwohner im Rahmen des Länderfinanzausgleiches unmittelbar finanzwirksam wird. Einwohner- und Wanderungsanalysen deutscher Städte zeigen, dass nur wirtschaftsstarke, dynamische Metropolen mit einer differenzierten Wirtschaftsstruktur und attraktiven Arbeitsplätzen sowie Ausbildungs- und Studienplätzen eine hohe Zuwanderung aus anderen Regionen vorweisen und eine entsprechend positive Einwohnerentwicklung erzielen. Damit hat die sogenannte Binnenfernwanderung eine zentrale Bedeutung für die Einwohnerentwicklung einer Stadt. Um der absehbaren demografischen Entwicklung wirkungsvoll zu begegnen, ist daher eine Verstärkung der arbeits-, ausbildungs- und studienplatzmotivierten Zuwanderung aus anderen Regionen nach Bremen und Bremerhaven erforderlich. Dies setzt ein qualifiziertes und differenziertes Angebot an Arbeit, Ausbildung und Studium voraus, das mittels aktiver Strukturpolitik entwickelt werden muss, aber auch durch ein Anwerben von Fachkräften auf Basis eines ressortübergreifend abgestimmten Vorgehens. Dadurch entsteht eine Art doppelte Dividende: Wirtschaftspolitik bildet den Rahmen für Investitionen der privaten Wirtschaft und schafft dadurch Arbeitsplätze, und gleichzeitig leistet sie damit einen wesentlichen Beitrag für die Gewinnung neuer Einwohner.

Zentrale Aktivitäten – Rahmenbedingungen –

- > Spezifische Rahmenbedingungen adressatengerecht bekannt machen.
- > Qualität des Gewerbeflächenangebots halten, Schwerpunkt auf Binnenentwicklung und Nachverdichtung legen, bedarfsgerechte Erschließungsmaßnahmen fortsetzen.
- > Überregionale Erreichbarkeit der Hafen- und Logistikstandorte Bremen und Bremerhaven verbessern.
- > Zusammenarbeit zwischen gewerblicher Wirtschaft und Hafengewirtschaft intensivieren.
- > Prüfen einer Anbindung des Gewerbegebietes Lüneplate an das seeschifftiefe Wasser.
- > Standortkosten auf geringem Niveau halten.
- > Verfahren und Genehmigungsabläufe wirtschaftsfreundlich und rechtssicher gestalten.
- > Wirtschaftspolitische Funktion weicher Standortfaktoren durch punktuelle Maßnahmen aufwerten.

3.2 Häfen als Basis vielfältigen wirtschaftlichen Handelns stützen

Die bremischen Universalhäfen bilden das Rückgrat einer die Ökonomie des Landes prägenden maritimen Wirtschafts-, Logistik- und Forschungslandschaft. Zudem formt die Lage am Wasser das Stadtbild und die Identität. Ziel Bremens ist es, die ökonomische Schlüsselrolle der Häfen für das Land Bremen sowie deren internationale Positionierung weiterhin funktionsgerecht zu erhalten und auszubauen.

Die beiden Hafengruppen Bremen und Bremerhaven bilden unterschiedliche Umschlagsschwerpunkte. Während in der Seestadt etwa 75 % des Güteraufkommens umgeschlagen wird, hauptsächlich Container, Automobile und Früchte, entfallen auf die Hafengruppe Bremen-Stadt 25 % im Wesentlichen im Bereich der Massengüter und konventioneller Stückgüter. Die Ausprägung der hafenauffinen Wirtschaft ist in den einzelnen Hafengebieten unterschiedlich. Am Wasser haben sich neben der unmittelbaren Umschlagfunktion auch andere Wirtschaftsaktivitäten entfaltet, wie Offshore-Wirtschaft, Energiewirtschaft, Tourismus oder Ernährungswirtschaft.

Die Länder Niedersachsen und Bremen sind eine strategische Hafenkooperation zum gemeinsamen Bau des Tiefwasserhafens JadeWeserPort, eines der größten norddeutschen Infrastrukturprojekte, eingegangen. Zielsetzung ist der Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit innerhalb der Nordrange und die Vorhaltung von Umschlagskapazitäten für Containerschiffe der nächsten Generation.

Bremen erwartet über erweiterte Umschlagskapazitäten hinaus Synergieeffekte, u. a. eine erhöhte Nachfrage nach Logistikflächen. Innerhalb von zwei Stunden nach

Löschende wird ein in Wilhelmshaven umgeschlagener Container die Bremer Logistikzentren per Straßen- und Schienentransport erreichen können. Die Kombination aus den Containerumschlagsterminals in Bremerhaven und Wilhelmshaven, ansässige Transportdienstleistern und hoch differenzierter logistischer Dienstleistungsangebote wird bei der Weiterverarbeitung bzw. dem Weitertransport zu deutlichen Zeitgewinnen sowie erheblicher Kostenreduktion führen.

Gemeinsames Ziel der Länder Bremen und Niedersachsen ist die Entwicklung einer grenzüberschreitenden international nachgefragten und zu vermarktenden Seehafen- und Logistikregion. Aufgrund wachsender Containertransportleistungen im Ostseeraum wird von einer Fortsetzung der bereits einsetzenden Verlagerung des Nachfrageschwerpunktes in den östlichen Teil der Nordrange ausgegangen. Vor diesem Hintergrund trägt der Bau des Tiefwasserhafens zu einer Stärkung und Standort-sicherung der Deutschen Bucht bei.

Im Bereich der bremischen Häfen werden sich die Aktivitäten mittelfristig stärker auf die Infrastrukturverbesserung, Anpassung der Hafeninfrastuktur an veränderte Nutzungsanforderungen, Flächenoptimierungen und Produktivitätssteigerung konzentrieren. Die Hafen- und Logistikwirtschaft, die den beschäftigungswirksamsten maritimen Bereich für das Land Bremen darstellt, soll in ihren Bemühungen um Prozessoptimierungen beim Umschlag und innovative Logistikdienstleistungen sowie beim Thema Sicherheit unterstützt werden.

Speziell an Häfen werden hohe Anforderungen hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf die Umwelt gestellt. Die bremischen Häfen nehmen vielfach eine Vorreiterrolle in Bezug auf fortschrittliche umweltfreundliche Maßnahmen und Verfahren ein, die sich in Forschungs- und Transferaktivitäten niederschlagen. Bremen wird sich weiterhin im internationalen Kontext profilieren mit Vorschlägen zur umweltfreundlichen Gestaltung der Schifffahrt und mit Konzepten für eine kontinuierliche Verbesserung von Standards. In diesen Zusammenhang gehört auch das Bestreben, ökologische Auswirkungen von Häfen und Schifffahrt im Sinne der europäischen Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie und der Wasserrahmenrichtlinie weitgehend gering zu halten. Mit dem Integrierten Bewirtschaftungsplan Weser des SUBVE in Kooperation mit dem SWH und der Wasser- und Schifffahrtsdirektion Nordwest werden bis voraussichtlich Ende 2010 weitere fachliche Grundlagen für die Prüfung solcher Auswirkungen und ein grenzüberschreitend mit Niedersachsen abgestimmtes Ziel- und Handlungskonzept vorliegen.

Aufgrund der ungleichgewichtigen regionalen Beschäftigungswirkungen der bremischen Häfen ergibt sich strukturellpolitisch die Herausforderung, künftig die hafenunduzierte lokale und regionale Wertschöpfung zu erhöhen. An die meeres- bzw. hafenauffine Wirtschaft werden auf europäischer und nationaler Ebene hohe Wachstumserwartungen geknüpft. In Bezug auf die Hafenstandorte wird Bremen sich konzeptionell dahingehend aufstellen, dass hafennahe und wertschöpfungsstarke Ansiedlungspotenziale identifiziert und durch entsprechende Ansiedlungsstrategien befördert werden. Hierbei kommt der Verzahnung von gewerblicher Wirtschaft und Hafenundwirtschaft eine zentrale Rolle zu. Im Zentrum steht in diesem Zusammenhang die bedarfsgerechte weitere Erschließung von Logistikflächen in Kooperation mit dem niedersächsischen Umland im Norden Bremerhavens. Am Beispiel der Entwicklung der Offshore-Windenergiebranche zeigt sich, wie Dienstleistungen und Wertschöpfungsoptionen außerhalb des Logistiksektors in der Kombination mit hafenundorientierten Aktivitäten Chancen gerade auch für den Standort Bremerhaven bieten können.

Darüber hinaus wird das Land Bremen sein Profil als bedeutender Reederei- und Schifffahrtsstandort schärfen. Gegenüber dem Bund setzt sich Bremen konsequent für die Fortführung der erfolgreichen Schifffahrtspolitik auf der Basis des „Maritimen Bündnisses“ ein. Im Bereich der Ausbildung besteht die Bestrebung, sich als Schwerpunktausbildungsstandort in der Seeschifffahrt zu profilieren.

Bremen bringt sich zudem weiterhin aktiv in den Gestaltungsprozess der integrierten europäischen Meerespolitik der EU-KOM ein. Die Freie Hansestadt Bremen sieht hierin Ansätze, die zur Implementierung auf regionaler Ebene geeignet sind, um die unterschiedlichen maritimen Aktivitäten zu fördern und zu vernetzen sowie das maritime Profil der Region zu stärken.

Zentrale Aktivitäten – Häfen –

- > Hafeninfrastruktur an veränderte Nutzungsanforderungen und hinsichtlich Flächenoptimierungen und Produktivitätssteigerung anpassen.
- > Hafen- und Logistikwirtschaft bei den Themen Prozessoptimierungen beim Umschlag, innovative Logistikdienstleistungen und Sicherheit unterstützen.
- > Hafennahe und wertschöpfungsstarke Ansiedlungspotenziale identifizieren und durch Ansiedlungsstrategien befördern/gewerbliche Wirtschaft und Hafenwirtschaft verzahnen.
- > Profil Bremens als bedeutender Reederei- und Schifffahrtsstandort schärfen.
- > Verbesserung der Hinterlandanbindungen.
- > Vertretung bremischer Interessen bei Entwicklung des nationalen Aktionsplans zur Umsetzung einer integrierten Meerespolitik.
- > Harmonisierung der Anforderungen der europäischen Flora-Fauna-Habitat- und der Wasserrahmenrichtlinie und der Interessen der Hafenwirtschaft und des Schiffsverkehrs durch den „Integrierten Bewirtschaftungsplan Weser“.

3.3 Technologie und Know-how als Basis bremischer Innovationspolitik definieren

Die deutsche und europäische Wettbewerbsstrategie (wie im Lissabon-Prozess der EU manifestiert) konzentriert sich auf die Entwicklung von innovativen und technologiegestützten Märkten. Das Land Bremen hat hier eine gute Ausgangsposition. Insbesondere in der Wissenschaft sind in den vergangenen 15 Jahren gezielte Investitionen erfolgt, mit denen herausragende Leistungen und Ergebnisse erzielt wurden. Die bremische Unternehmenslandschaft konnte durch FuE-Förderung zu mehr Forschungs- und Entwicklungsleistungen angeregt werden. In Zukunft soll es vor allem darum gehen, hier noch vorhandenes weiteres Potenzial zu erschließen.

Die Herausforderung liegt darin, die entwickelte wirtschaftliche und wissenschaftliche Position noch erfolgreicher in wirtschaftliche Aktivität zu überführen. Zielfelder der bremischen Innovationspolitik werden innovative Unternehmensgründungen, wachsende (junge) Unternehmen, national und international agierende Unternehmen mit globaler Wettbewerbsstärke, Zukunftsbranchen bzw. -technologien und ein deutlich in beide Richtungen auszuweitender Innovations- und Technologietransfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft sein. Mit der Fähigkeit zur Innovation, also zur Neuerung von Produkten, Verfahren und Organisationsformen, erlangt ein Unternehmen höhere Flexibilität und Anpassungsfähigkeit gegenüber der wachsenden globalen Konkurrenz. Dazu wird ein integrierter Ansatz von Innovationspolitik verfolgt, der die FuE-Förderung mit der Gestaltung der Rahmenbedingungen sowie der Unternehmensförderung verbindet.

Insgesamt kommt es wesentlich darauf an, durch verstärkte Netzwerkbildung innovative Clusterbildungen zu erreichen, die auch weltweit agierende Partner (Unternehmen mit Spitzentechnologien und exzellente Wissenschaft) einbezieht und bremische Akteure international positioniert.

Zentrale Aktivitäten – Know-how –

- > FuE-Förderung wird mit der Gestaltung der Rahmenbedingungen sowie der Unternehmensförderung verbunden: Integrierter Ansatz der Innovationspolitik.
- > Verstärkte Netzwerkbildung unter weltweit agierenden Partnern der Wirtschaft und der Wissenschaft.

3.4 Qualifizierung/Aus- und Weiterbildung aufwerten

Oberste wirtschaftspolitische Priorität hat für den Senat die Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen. Für einen attraktiven Arbeitsmarkt sind gute schulische Grundqualifikationen, umfassende und zielgerichtete Berufsausbildung, erstklassige akademische Ausbildung und Konzepte des lebenslangen Lernens eine wesentliche Grundlage. Der Strukturwandel kann nur dann auch weiterhin erfolgreich verlaufen, wenn Bildung und Arbeitsmarkt mit den neuen Herausforderungen Schritt halten. Dabei sollten die verschiedenen Förderinstrumente, die die EU in diesem Zusammenhang bietet, intensiv genutzt werden, um das Ziel eines umfassenden, qualitativ anspruchsvollen

vollen Aus- und Weiterbildungsangebotes für Frauen und Männer aller Generationen zu erreichen. Dazu gehören auch Gruppen mit besonderem Schulungs- und Qualifizierungsbedarf (z. B. Migranten/-innen, Behinderte). Hierzu sind Maßnahmen notwendig, die die Einstellungsbereitschaft der Unternehmen für diese Gruppen erhöhen.

Aufgrund der demografischen Entwicklung in Deutschland liegt das Hauptaugenmerk zum einen auf der Schaffung und Erhaltung einer lebenslangen möglichst hohen und modernen Qualifikation der Menschen und der entsprechenden Gestaltung des Arbeitsplatzes und zum anderen in der Ausbildung von hochqualifizierten jungen Fachkräften und des wissenschaftlichen Nachwuchses. Dabei ist insbesondere das Potenzial von Frauen auszuschöpfen, welche gezielt als Fachkräfte, als Existenzgründerinnen und als Unternehmerinnen zu gewinnen sind. Im Rahmen der Verzahnung der Wirtschafts- und der Arbeitsmarktförderung erfolgt hierzu ein zwischen dem Arbeits- und dem Wirtschaftsressort abgestimmtes Vorgehen. Dabei liegt der Fokus insbesondere im Bereich der innovationspolitischen Handlungsfelder.

Gerade in den innovatorischen, technologischen Zukunftsbranchen mit hohem Fachkräftebedarf sind Frauen deutlich unterrepräsentiert. Ausbildungs- und Qualifikationsstrukturen müssen so verändert werden, dass sie Frauen und Männer gleichermaßen ansprechen und explizit frauenspezifische Zugänge ermöglichen, damit die künftige Beschäftigungsnachfrage bzw. -struktur befriedigt werden kann. Dabei ist auf eine komplementäre inhaltliche und instrumentelle Beziehung zu Bundesprogrammen zu achten.

In diesem Zusammenhang rückt das Thema der Vereinbarkeit von Berufs-, Privat- und Familienleben immer mehr in den Vordergrund wirtschaftspolitischer Diskussionen. Die Grundlage dazu liefert eine familienbewusste Personalpolitik der Unternehmen. Politik kann dabei die Prozesse in Unternehmen z. B. durch die Weiterentwicklung von Infrastrukturen (Betreuungsangebote für Kinder aller Altersstufen) unterstützen. Flankierend muss geprüft werden, wie durch Veränderung der Rahmenbedingungen eine ausgewogenere Aufteilung familiärer und privater Verpflichtungen unter Männern und Frauen herbeigeführt werden kann.

Insbesondere Unternehmen im Technologiebereich und in den höherwertigen Dienstleistungen müssen sich mit einem wachsenden Fachkräftemangel auseinandersetzen. Auch in der Frage der Unternehmensnachfolge wird diese Thematik zunehmend eine Rolle spielen. Die Verfügbarkeit von qualifizierten Fach- und auch von Führungskräften wird in den nächsten Jahren ein wesentlicher regionaler Standortfaktor sein. Die Freie Hansestadt Bremen hat hier im akademischen Bereich bereits gute Ausgangsbedingungen geschaffen. Durch die im Hochschulbereich vorgesehene stärkere Profilbildung soll eine erhöhte internationale Sichtbarkeit mit Auswirkungen auch auf den Wirtschaftsstandort Bremen erreicht werden. Darüber hinaus wird im Rahmen von Fachentwicklungen auch eine gezielte Orientierung von Ausbildungsprofilen an regionalen Innovationspotenzialen erfolgen. Eine exzellente und vielfältige Hochschullandschaft zieht junge Menschen zur Ausbildung nach Bremen. Es soll zukünftig noch stärker gelingen, diese im Land Bremen zu halten; hierin liegt Entwicklungspotenzial für den Arbeitsmarkt.

Darüber hinaus wird es in einer strukturpolitischen Gesamtkonzeption darauf ankommen, das hohe Maß der verfestigten Arbeitslosigkeit aufzulösen. Dies gilt insbesondere für Bremerhaven. Rund die Hälfte der Arbeitslosen ist länger als ein Jahr bzw. dauerhaft arbeitslos. Diese Personen werden mit den auf die Schaffung qualifizierter Arbeitsplätze ausgerichteten strukturpolitischen Maßnahmen auch langfristig nicht erreicht werden können. Daher werden künftig verstärkt die zur Verfügung stehenden Qualifizierungsmaßnahmen auf die zurzeit entstehenden Beschäftigungsfelder beispielsweise im Bereich der Offshore-Windenergie, der Logistikwirtschaft, der maritimen Technologien sowie der Tourismuswirtschaft ausgerichtet, um die steigende Nachfrage nach Arbeitskräften auf dem regionalen Arbeitsmarkt bedienen zu können. Auch die Umlandgemeinden sind durch eine abgestimmte Arbeitsmarktpolitik mit einzubeziehen. Grundsätzlich wird sich die Qualifizierung an den Bedarfen der Unternehmen orientieren. Dabei sind Weiterbildungs- und Qualifizierungsangebote und -einrichtungen der gewerblichen Wirtschaft zu unterstützen.

Zentrale Aktivitäten – Qualifizierung/Aus-, Weiterbildung –

- > Unterstützung der Strategie des lebenslangen Lernens zur Steigerung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit.
- > Koordiniertes Vorgehen der Wirtschafts- und der Arbeitsmarktförderung zur Deckung des Bedarfes an Fachkräften.
- > Änderung von Rahmenbedingungen, um das Potenzial von Frauen als Fach- und Führungskräfte auszuschöpfen sowie eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu erzielen.
- > Unterstützung einer mit dem Umland abgestimmten Arbeitsmarktpolitik zur Vermeidung von Langzeitarbeitslosigkeit insbesondere in Bremerhaven.

3.5 Metropolregion als nationale und europäische Wirtschaftsregion profilieren.

Der Verein Metropolregion Bremen–Oldenburg im Nordwesten e. V. hat sich u. a. zum Ziel gesetzt, die Struktur und Entwicklung des gemeinsamen Kooperationsraumes durch Vernetzung und Interaktion von kommunalen Gebietskörperschaften, den Ländern Niedersachsen und Bremen sowie von Wirtschaft und Wissenschaft zu verbessern und die Metropolregion als nationale und europäische Wirtschaftsregion mit besonderen Potenzialen, Kompetenzen und standortspezifischen Angeboten zu profilieren. Auch kulturell gibt es u. a. mit dem Musikfest Bremen regional weitreichende Aktivitäten, die in die Metropolregion ausstrahlen. Insgesamt muss die Freie Hansestadt Bremen in diesem Prozess ihrer Bedeutung als Kern und Motor der regionalen Entwicklung gerecht werden.

Die Metropolregion Bremen–Oldenburg verfügt über ein zusammenhängendes System aus See-, Binnen- und Flughäfen, Fernverkehrsstraßen, Bahnverbindungen und multimodalen Knotenpunkten (GVZ). Mit seinen Hafen- und Logistikzentren erbringt der Nordwesten Leistungen für ganz Deutschland und Europa. Der JadeWeserPort wird die Zukunft des neuen Logistkdreiecks Bremen/Bremerhaven/Wilhelmshaven sicherstellen. So wird sich die Metropolregion weiterhin als „Drehscheibe Nordwest“ positionieren und damit ihre Leistungsfähigkeit als maritimer Hafen- und Logistikstandort herausstellen.

Die Wissenschaftslandschaft in der Metropolregion ist hervorragend ausgebaut und bietet Anknüpfungsoptionen für die künftigen Notwendigkeiten der regionalen Innovationspolitik. Gemeinsam hat der Wissenschaftsraum Nordwest gute Chancen, sich im europäischen Regionalwettbewerb zu behaupten. Voraussetzung dafür ist eine konsequente Vernetzung, Verzahnung und Offenheit gegenüber sich wandelnden Anforderungen.

Aktuell wird zudem die räumliche Ausweitung von Vernetzungsaktivitäten vorgenommen. Dies gilt insbesondere für die Cluster „Automotive Nordwest“ im Bereich Automobilbau sowie „AVIABELT Bremen e. V.“ für den Bereich Luft- und Raumfahrt. Im Bereich Robotik agieren in der Metropolregion Akteure zum Thema „Mobile Autonome Systeme“ in den Branchen Luftfahrt, Schifffahrt/Meerestechnik und maritime Logistik. Dringender Handlungsbedarf ist in Bezug auf die offensive Erschließung der bisher noch nicht hinreichend genutzten Potenziale im Querschnittsfeld Logistik und in Bezug auf das bisher mit der Windenergie in Angriff genommene breite Feld der maritimen Technologien gegeben. Zudem besitzt die Ernährungswirtschaft als eine der bedeutendsten Branchen im Nordwesten großes Potenzial für vertiefte Netzwerkaktivitäten.

Ein Beispiel für bereits erfolgreich praktizierte Vernetzung ist die Windenergieagentur Bremerhaven/Bremen e. V. (WAB), die sich von einem bremischen Netzwerk zu einem Kristallisationskern der Windenergiebranche im gesamten Raum Nordwest entwickelt hat und ihre Aktivitäten weiter regionalbezogen ausbauen wird.

Die Zusammenarbeit in der Metropolregion wird künftig durch weitere strukturpolitische Initiativen unterstützt, wobei ein Fokus gelegt wird auf:

- Infrastrukturausstattung der Metropolregion (insbesondere Hinterlandanbindungen),
- Zusammenarbeit von Wissenschaft/FuE/Wirtschaft,
- Clusterbildung in profilbildenden Innovationsfeldern,

- Profilierung der Metropolregion als Kompetenzraum für klimaangepasste Innovationen, insbesondere für Logistik, Energie und für Ernährung,
- Kultur und Tourismus,
- Regionalmarketing der Metropolregion in Deutschland und Europa zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit.

Die Metropolregion Bremen–Oldenburg wird so die Kompetenzen der Nordwest-Region im europäischen Wettbewerb sichtbar machen.

Zentrale Aktivitäten – Metropolregion –

- > Funktion der Freien Hansestadt Bremen als Kern und Motor der überregionalen Entwicklung stärken.
- > Leistungsfähigkeit als maritimer Hafen- und Logistikstandort herausstellen.
- > Innovationspolitik überregional aufstellen, Unterstützung von profildbildenden Clustern.
- > Entwicklung der Metropolregion als Kompetenzraum für klimaangepasste Innovationen.

3.6 Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung

Die regionale Wirtschaftspolitik des Landes ist mit einer programmatischen Struktur unterlegt, die sowohl relevante Infrastrukturfelder (Gewerbeflächen, Fremdenverkehr, Forschung und Entwicklung etc.) und ihre Vermarktung abdeckt wie auch direkt auf wesentliche unternehmerische Aktivitäten abzielt, von der Investitions-, Ansiedlungs- und Existenzgründungsförderung über Markterschließungsvorhaben für neue Produkte bis hin zu Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten in innovativen Technologiefeldern sowie Förderungen im Bereich der beruflichen Qualifizierung und des Arbeitsmarktes zur aktiven arbeitsmarktpolitischen Flankierung des Strukturwandels.

Vor dem Hintergrund der Haushaltslage, aber auch der wirtschaftlichen und konjunkturellen Rahmenbedingungen ist eine Neujustierung der Instrumente der Wirtschaftspolitik erforderlich. Die Aufbau- und Ablauforganisation der Wirtschaftsförderung im Land Bremen ist effizient zu gestalten und systematisch so auszurichten, dass die Unternehmen als Kunden im Mittelpunkt stehen. Alle Gesellschaften und Einrichtungen sind so aufzustellen, dass Institutionen, Förderangebote und Prozesse konsequent auf die zu fördernden Unternehmen ausgerichtet sind. Es gilt eine leistungsfähige Struktur bei den Förderprogrammen mit reduziertem öffentlichen Mitteleinsatz zu etablieren. Dazu ist die Zahl der Förderprogramme zu reduzieren und effizient auszugestalten sowie ein strategisches Controlling auf Basis des Strukturkonzepts einzurichten.

In zentralen Bereichen der Wirtschaftsförderung wurde die Neuausrichtung schon vollzogen bzw. wurde sie schon eingeleitet:

- Für die betriebliche Investitionsförderung steht mit dem neuen Landesinvestitionsprogramm (LIP 2008) nunmehr ein Programm zur Verfügung, welches der Förderung durch Darlehen eine klare Priorität zuweist. In diesem Zusammenhang kommt der Bremer Aufbau-Bank eine unverzichtbare Rolle zu. Damit einhergeht eine stärkere inhaltliche Konzentration und Anpassung der Förderkriterien an die veränderten Rahmenbedingungen. Dies betrifft insbesondere eine deutlichere Schwerpunktsetzung auf kleine und mittlere Unternehmen und die strikte Verknüpfung der von den Unternehmen zu schaffenden Arbeitsplätze an die zu gewährende Förderung. Eine Zuschussförderung kommt nur noch in begründeten Einzelfällen zum Einsatz und ist im Kern auf ein Mittelvolumen beschränkt, das über Drittmittelprogramme von Bund und EU für diesen Zweck zur Verfügung gestellt wird.
- Die einzelbetriebliche Außenwirtschaftsförderung wird durch eine Zusammenführung der bestehenden Richtlinien zur Gewährung von Zuschüssen im Rahmen der Messförderung und den Richtlinien zur Förderung der Außenwirtschaft restrukturiert. Künftig wird eine Konzentration der Messförderung auf die Förderung von Auslandsmessebeteiligungen erfolgen und die antragsberechtigten Unternehmen werden auf kleine Unternehmen beschränkt werden.
- Im Rahmen der Neuausrichtung der bremischen FuE-Förderung werden Maßnahmen zur Realisierung thematischer Netzwerke und Cluster unter Einbeziehung

und Nutzung wissenschaftlicher Kapazitäten sowie die weitere Stärkung des markt-orientierten Wissens- und Technologietransfers im Vordergrund stehen. In diesem Zusammenhang wird es zu einer Überprüfung der Möglichkeiten einer integrierten Zusammenarbeit in der Metropolregion Bremen–Oldenburg im Nordwesten kommen. Thematisch liegt der Fokus auf ein ausgewähltes Branchenportfolio, welches regelmäßig hinsichtlich seiner Bedeutung für das Land sowie vor dem Hintergrund der Ausrichtung der Bundes- und der EU-Innovationspolitik überprüft wird. Zur Förderung betrieblicher Innovationsprojekte und Kooperationsprojekte zwischen Unternehmen und wissenschaftlichen Einrichtungen im Rahmen der bremischen FuE-Förderprogramme treten ergänzende Finanzierungsinstrumente wie Beteiligungen und Darlehen.

- Im Bereich der Beratung von Existenzgründungen und jungen Unternehmen ist es bereits gelungen, ein neues ESF-finanziertes Bundesprogramm für das Land Bremen nutzen zu können. Damit können pro Jahr rund 200 Existenzgründungen und junge Unternehmen eine hochwertige Beratung erhalten, die statt mit Landesmitteln nunmehr mit Bundesmitteln bezuschusst wird. Darüber hinaus werden durch das neue Landesprogramm „Gründungsfabrik Bremen“ im Rahmen des bei der Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales (SAFGJS) laufenden BAP eine spezifische Beratungsinfrastruktur und vertiefende Unternehmensberatungen für Gründungen von Personen mit migrantischem Hintergrund und von Frauen gefördert, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der vom Senator für Wirtschaft und Häfen (SWH) geförderten B.E.G.IN-Gründungsleitstelle dargestellt werden. Gründungswillige Frauen mit und ohne Migrationshintergrund können in Bremen und Bremerhaven auch weiterhin auf eine bewährte Infrastruktur von qualifizierten Frauenberatungsstellen zugreifen.
- Die Instrumente der Arbeitsmarktförderung und der Wirtschaftsförderung sollen auf ihre gegenseitige Ergänzung hinsichtlich des Zieles einer Modernisierung der bremischen Wirtschaftsstruktur untersucht werden. Die Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik des Landes zielt zuvorderst auf die Schaffung günstiger Standortbedingungen der regionalen Wirtschaft, um deren Investitionstätigkeit anzuregen und dadurch neue Arbeitsplätze zu schaffen und vorhandene zu sichern. Künftig werden insbesondere die gemeinsamen Themen Fachkräfte, Existenzgründung und Innovationspolitik intensiver ressortübergreifend koordiniert. Insbesondere im Bereich der Qualifizierung wird eine stärkere Kooperation der Gesellschaften hergestellt. Zur besseren Kommunikation mit den Unternehmen wird der Ansatz einer One-Stop-Agency verfolgt, was künftig auch die Verbindung der Innovationspolitik mit dem Fachkräftethema gewährleisten wird.
- Im Kontext der Verbesserungspotenziale von Services für Dienstleistungsunternehmen (nach dem erweiterten EU-Dienstleistungsbegriff) wird der im Rahmen der Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie einzurichtende „Einheitliche Ansprechpartner (EA)“ eine wichtige Rolle einnehmen. Diese zentrale Anlaufstelle wird im Land Bremen ab 2010 allen EU-Dienstleistungsunternehmen (auch bremischen) sowohl bei der Niederlassung als auch bei der vorübergehenden Dienstleistungserbringung alle notwendigen Informationen bereitstellen und als Servicestelle für alle Regelungs- und Genehmigungsnotwendigkeiten zur Verfügung stehen. Diese Unterstützungsleistungen können von den Dienstleistungsunternehmen in allen Lebensphasen des Betriebes, so z. B. in Wachstums- und Innovationsphasen, abgerufen werden. Eine zügige und einfache Abwicklung von Verwaltungsprozessen für Dienstleistungsunternehmen dient nicht nur der weiteren Realisierung des EU-Binnenmarktes, sondern nutzt vor allem kleinen und mittleren Betrieben, die von Bürokratielasten besonders betroffen sind. Insofern kommt dem EA eine Bündelungs- und Kümmererfunktion zu, die sich zunächst auf den Bereich der Regelungs- und Genehmigungsnotwendigkeiten begrenzt. Darüber hinaus wird künftig aber auch zu prüfen sein, inwieweit eine weitere Verzahnung der Wirtschafts- und Arbeitsmarktförderung zum EA erfolgen soll.
- Künftig wird eine konsequente Nutzung von bundes- und EU-finanzierten Programmen für alle Förderbereiche verfolgt. So weist etwa die strukturpolitische Ausrichtung der Freien Hansestadt Bremen eine Vielzahl von Übereinstimmungen zu strategischen Prioritäten der EU wie der Lissabon-Strategie, der EU-Raumfahrtstrategie, der EU-Meeresspolitik sowie den europäischen Klimazielen auf. Die EU-Strategie der Freien Hansestadt Bremen definiert dazu Handlungsfelder, Prioritäten und konkrete Schritte. Zur gezielten Nutzung von Bundes- und EU-Mitteln außerhalb der Strukturfondsebene ist verwaltungsintern ein professionelles Ma-

nagement zur optimalen Nutzung dieser Ressourcen sicherzustellen. Als eine Schwerpunktaufgabe der Wirtschaftsförderung werden Maßnahmen erarbeitet, um die bremischen Unternehmen und wissenschaftlichen Einrichtungen stärker auf bundes- und EU-finanzierte Programmen zu lenken. Dies kann z. B. in Form einer zentralen Erstberatung erfolgen, unterstützt von einer Zusammenarbeit mit Multiplikatoren wie Banken, Kammern und Verbänden, um die Zielgruppen möglichst gut zu erreichen.

- Als neues Element der Wirtschaftspolitik werden künftig stärker globale Trends hinsichtlich deren sozioökonomischen Relevanz für das Land Bremen beobachtet. Themen könnten z. B. sein: Energie- und Ressourceneffizienz, Auswirkungen des Klimawandels oder auch technologische Leitinnovationen. Dazu ist ein ressortübergreifender Diskurs notwendig. Das System der themenbezogenen Früherkennung wird als ein Instrument der Wirtschaftsförderung der Standortstärkung dienen, da die Wirtschaft bei größeren Chancen und Herausforderungen sensibilisiert wird und sich gegebenenfalls frühzeitig auf den Wandel einstellen kann.

Diese Neuorientierung erfordert strukturelle Veränderungen und eine flexiblere Handhabung der Wirtschaftsförderung begleitet von einer leistungsorientierten Steuerung. Generell müssen wirtschafts-, innovations- und investitionsfreundliche Rahmenbedingungen geschaffen werden, welche die Basis für eine konsistente, transparente und effiziente Förderlandschaft bilden. Gleichzeitig soll eine sinnvolle Integration mit den Förderinstrumenten der Bundes- und EU-Ebene erfolgen. Hierfür sind auf der Grundlage einer zielgerichteten Strukturpolitik ein gemeinsames und aufeinander abgestimmtes Vorgehen aller relevanten Ressorts und ein enges Zusammenspiel zwischen Politik und Wirtschaft erforderlich.

Zentrale Aktivitäten – Wirtschaftsförderung –

- > Zahl der Förderprogramme wird reduziert und effizienter ausgestaltet.
- > Darlehen statt Zuschuss als Regelfall in der betrieblichen Investitionsförderung.
- > Messförderung nur bei Auslandsmessen und nur für kleine Unternehmen.
- > FuE-Förderung legt Fokus auf Realisierung ausgewählter thematischer Netzwerke.
- > Engere Koordinierung der Wirtschafts- und Arbeitsmarktförderung auf strategischer und operationeller Ebene, insbesondere zu den Themen Existenzgründung, Innovationspolitik, Fachkräfte.
- > Rolle des im Rahmen der Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie einzurichtenden Einheitlichen Ansprechpartners stärken.
- > Konsequente Nutzung von bundes- und EU-finanzierten Programmen für alle Förderbereiche.

4 Strukturelle Handlungsfelder

4.1 Industrielle Zentren festigen

Die industriell geprägten Bereiche mit ihren häufig internationalen Konzernstrukturen müssen sich in der globalisierten Welt behaupten. Die Stahl- und Automobilindustrie, die Luftfahrt- und Raumfahrtindustrie, die maritimen Industrien oder auch die fisch- und lebensmittelverarbeitende Industrie gehören zu den Schlüsselbranchen der bremischen Wirtschaft, die insbesondere im Kontext mit der Zulieferindustrie eine Vielzahl an Beschäftigungsverhältnissen und großes Entwicklungspotenzial bieten. Dies soll ausgeschöpft werden insbesondere durch

- die Unterstützung von Zulieferern und deren Ansiedlung,
- die Intensivierung der Zusammenarbeit mit Forschungseinrichtungen, die Bildung von industrie- und technologiespezifischen Kompetenzzentren zum Zwecke des Technologietransfers
- und durch die Unterstützung des Einsatzes von Umwelt- und Energiespartechnologien.

Am Beispiel der Automobilindustrie als größtem privaten Arbeitgeber der Region ist die künftig ausprägende Zusammenarbeit mit den wissenschaftlichen Einrichtungen insbesondere auf dem Feld der Materialforschung zu nennen sowie das auf die

Metropolregion Bremen–Oldenburg ausgerichtete Netzwerk „Automotive Nordwest“ als Ansatzpunkt zur Zusammenführung von Endproduzenten, Zuliefer-KMUs und wissenschaftlichen Einrichtungen.

Die WAB ist wiederum ein hervorragendes Beispiel für die Kooperation zwischen der Wirtschaftsförderung und einem Unternehmensnetzwerk, welches z. B. durch erfolgreiche Lobbyarbeit bei den gesetzlichen Rahmenbedingungen bezüglich der Erhöhung der Einspeisevergütung für Offshore-Windstrom mitgewirkt hat und damit die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die angesiedelten Unternehmen deutlich verbessern konnte.

Insgesamt wird neben den bestehenden Wirtschaftsförderinstrumenten verstärkt Netzwerkarbeit auf politischer Ebene ein zentrales Thema sein, um mit den industriellen Schlüsselbranchen ein wechselseitiges Commitment zu erzielen und eine starke Bindung an den Standorten Bremen und Bremerhaven zu erreichen. Dabei sind flexible Angebote der Wirtschaftsförderung zu entwickeln, um die Unternehmen auch im konzerneigenen Wettbewerb zu stärken. Systematisiert wird der Dialog mit den Unternehmen über für die Sozioökonomie der Metropolregion relevante Trends.

Zentrale Aktivitäten – Industrielle Zentren –

- > Ansiedlung und Unterstützung von Zulieferern in den industriellen Schlüsselbranchen.
- > Einbinden der Großunternehmen in die innovationspolitischen Netzwerke.
- > Systematisierter Dialog zwischen Wirtschaft und Politik und Austausch über für die Wirtschaftsregion bedeutsame Trends.

4.2 Dienstleistungsbereich stärken

4.2.1 Verkehr, Transport und Logistik

Die Freie Hansestadt Bremen gehört zu den führenden Hafen- und Logistikstandorten Europas. Mit seinem „Mainport“ für große Seeschiffe in Bremerhaven leistet das Land Bremen einen erheblichen Außenhandelsbeitrag für Deutschland und die Europäische Union. Mit direkter Anbindung an alle Verkehrsträger besitzt Bremen eine hohe Bedeutung als intermodaler Knoten der Transport- und Logistikbranche. Angesichts überproportionalen Wachstums im Güterverkehr steht dieser Sektor nicht nur vor Wachstumchancen, sondern auch vor neuen Herausforderungen in Form von effizienzsteigernden intelligenten Lösungen in Kombination mit der Erhöhung der Umweltverträglichkeit und der sicheren Abwicklung der Verkehrsströme. Deshalb bringt sich Bremen u. a. aktiv in den vom BMVBS entwickelten Masterplan Güterverkehr und Logistik ein.

Mit mehr als 2 Mio. Passagieren pro Jahr und der Anbindung an die Luftdrehkreuze Europas ist der internationale Verkehrsflughafen Bremen eine wichtige Infrastruktureinrichtung und der Entwicklungskern des prosperierenden Gewerbe- und Dienstleistungsstandortes Airport-Stadt. Die Stadtnähe ist einerseits ein Profilierungsfaktor für den Flughafen, andererseits ist sicherzustellen, dass den Anforderungen der umliegenden Wohn- und Gewerbegebiete durch angemessene Schallschutzmaßnahmen Genüge getan wird und damit der Flugbetrieb insgesamt akzeptiert bleibt.

Mit der Lufthansa Flight Training und der Deutschen Flugsicherung im Bereich der Luftfahrt, einer modernen Hafen- und Lagerinfrastruktur, einer breit aufgestellten Logistikbranche, IT-Unternehmen sowie transport- und logistikbezogenen Forschungseinrichtungen weist das Land Bremen Alleinstellungsmerkmale auf, die Potenziale zu einer Weiterentwicklung als „Modellregion Logistik“ haben. Gemeinsam mit dem in Bremen ansässigen Sonderforschungsbereich „Selbststeuerung logistischer Prozesse“ steht bereits die Initiierung von Transferprojekten im Fokus, die als Best-Practice-Beispiele überregionale Strahlkraft entwickeln sollen.

Mit Gründung des Kompetenzzentrum-Logistik-Bremen (KLB) ist bereits ein Schritt zur Bündelung der Kapazitäten in allen logistischen Funktionsbereichen in ressortübergreifender Weise (Wirtschaft, Wissenschaft, Arbeit) vollzogen. Im KLB arbeiten Unternehmen, Wissenschaft und Politik zur weiteren Profilierung und Stärkung des Standorts zusammen.

4.2.2 Tourismus

Der Tourismus leistet mit seiner dynamischen Entwicklung in den letzten Jahren und hervorragenden Perspektiven für die Zukunft einen wichtigen Beitrag zum Struktur-

wandel in Bremen und Bremerhaven. Der Tourismus und hier vor allem Veranstaltungen und herausragende Events schaffen Umsatz im Übernachtungsgewerbe, im Einzelhandel oder in der Gastronomie. Zugleich bieten sie Anlässe für eine Medienberichterstattung und vermitteln insofern indirekt und direkt erfahrbar ein positives Bremen-Image, das sich auch auf andere Wirtschaftszweige auswirkt. Der Tourismus im Zusammenspiel mit Kultur wirkt als „Image-Lokomotive“ für die Städte Bremen und Bremerhaven. Zukünftig müssen daher Anstrengungen auf die Bespielung und Vermarktung der vorhandenen Einrichtungen konzentriert werden. Vor dem Hintergrund anhaltender Investitionstätigkeit in anderen Städten wird Bremen seine Wettbewerbsfähigkeit kontinuierlich überprüfen und gegebenenfalls auch wieder eine stärker investiv orientierte Strategie fahren müssen. Im Rahmen eines neuen Tourismusprogramms 2015 soll unter folgenden thematischen Schwerpunkten die Förderung des Tourismus in Bremen und Bremerhaven erfolgen: Wissens- und Erlebniswelten vermarkten, weiterentwickeln und ausbauen; Bremen und Bremerhaven als Städte am Fluss und am Meer profilieren; Großveranstaltungen und Ausstellungen mit nationaler und internationaler Reichweite durchführen; Messe-, Kongress- und Tagungswesen ausbauen; nationales und internationales Marketing für die Tourismusstandorte Bremen und Bremerhaven absichern; touristische Kooperation in der Metropolregion auf- und ausbauen.

Bremen verfügt als historische Stadt über zahlreiche Sehenswürdigkeiten und ist dank seiner kulturellen Einrichtungen und Veranstaltungskapazitäten als Tourismusdestination etabliert. Mit dem Universum Bremen und dem grünen Science Center Botanika hat Bremen sich ein erweitertes, deutschlandweit anerkanntes Profil im Bereich der Erlebnis- und Wissenswelten gegeben, mit dem weitere Zielgruppen angesprochen und nach Bremen geholt werden. Von besondere Bedeutung ist zudem das Segment der Messen, Tagungen und Kongresse, in dem Bremen sich mit spezialisierten Angeboten etabliert hat und auf diesem Wege einen erheblichen Beitrag zur Auslastung der Beherbergungskapazitäten leistet sowie zur Steigerungen der Nachfrage im Einzelhandel, in der Gastronomie und in den Kultur- und Veranstaltungseinrichtungen beiträgt. Die nationale und internationale Vermarktung der vorhandenen Angebote spielen dabei eine große Rolle.

Bremerhaven ist dabei, Angebote zu schaffen, die ausgehend von der maritimen Prägung der Stadt erhebliche Anreize für Gäste besonders aus den angrenzenden Tourismusregionen Cuxland und ostfriesische Küste bieten. Dabei ist die lokale Authentizität in den Mittelpunkt zu stellen, so dass der Tourismus in die typischen Traditionen und Strukturen der Seestadt integriert werden kann. Besonders nach Fertigstellung der für den Tourismus zentralen „Havenwelten“ kommt der konsequenten Vermarktung der geschaffenen Strukturen und deren weiterer Integration eine hohe Bedeutung zu. Bestehende Attraktionen, wie das Schaufenster Fischereihafen oder das Deutsche Schifffahrtsmuseum, müssen mit neu geschaffenen bzw. im Bau befindlichen Projekten organisatorisch und inhaltlich weiter verknüpft werden. Hier sind allen voran das Auswandererhaus oder auch das vor der Fertigstellung stehende Klimahaus zu nennen. Weiter werden überregionale und internationale Vermarktungsansätze wichtiger, wobei die „Sail Bremerhaven“ sowie die „Lütte Sail“ einen hervorragenden Rahmen bieten werden, um die Attraktionen der „Havenwelten“ einer breiten Öffentlichkeit zu präsentieren. Im Hinblick auf eine konsequente Strategie ist es immer wieder erforderlich, Bestehendes zu erneuern bzw. zu ergänzen und – wenn auch im kleineren Umfang – neue Akzente zu setzen. In diesem Zusammenhang ist besonders auf die Machbarkeitsstudie Schaufenster Fischereihafen hinzuweisen, welche die weitere Entwicklung und Reattraktivierung sowie die Erweiterung des Areals in Richtung Norden vorsieht.

Insgesamt sind schwerpunktmäßig die Erlebnis- und Wissenswelten sowie die kultur-touristischen Angebote Bremens und Bremerhavens durch enge Kooperation und gemeinsame Vermarktung verstärkt als „Image-Lokomotiven“ für das Bundesland zu nutzen.

4.2.3 Einzelhandel und Zentrenentwicklung

In den kommenden Jahren sollen die Bemühungen um eine Stabilisierung und Weiterentwicklung der Innenstädte und Stadtteilzentren im Land Bremen fortgeführt werden. Besonderes Augenmerk ist dabei auf den Einzelhandel zu legen, der die meisten Anlässe für einen Zentrenbesuch liefert. Der Zentrenstabilisierung und -weiterentwicklung dient insbesondere der Schutz der zentralen Versorgungsbereiche gegen ungerichtete Entwicklungen von großflächigem Einzelhandel im Außenbereich. Groß-

flächiger Einzelhandel außerhalb der Zentren sollte künftig daher den flächenintensiven, nichtzentrenrelevanten Sortimenten vorbehalten bleiben.

In Bremen werden aktuell entsprechende Einzelhandels- und Zentrenkonzepte für die Stadt und die Region mit dem Ziel einer verbindlichen Umsetzung aufgestellt. Unter Berücksichtigung der Ergebnisse sind die bisher im Rahmen des Programms „Innenstadt und Stadtteilentwicklung“ vorgesehenen Maßnahmen zur Zentrenstärkung zu bewerten und in eine neue Programmatik einzubinden. In dieser Programmatik sind die bestehenden EU-spezifischen, nationalen und Landesprogramme zu bündeln, um bei inhaltlichen und räumlichen Schwerpunktsetzungen ein Höchstmaß an privaten Initiativen und Investitionen zu erreichen. Zusätzlich ist der Betrieb der City- und Stadtteilmakinginitiativen weiter abzusichern. Eine angemessene Beteiligung der Kaufmannschaft vor Ort bildet die Basis.

Die Qualität von Bremen-Nord als Wohn-, Freizeit- und Einzelhandelsstandort ist durch die weitere Sicherung und Optimierung der vorhandenen attraktiven Freizeit- und Einkaufsmöglichkeiten auszubauen. Als ergänzender Pol zum Haven Hööv't und als notwendiger weiterer Schwerpunkt im Mittelzentrum Vegesack gilt es, den Sedanplatz in seiner Funktion zu stärken. Von besonderer Bedeutung ist hierbei neben der Neugestaltung des Platzes und dem mittlerweile erfolgten Bau der Markthalle die Umnutzung des Kaufhauses Kramer. Die Umnutzung des Hafenspeichers zu einem modernen Jachtbauzentrum wird den maritimen Charakter der Region zusätzlich stärken.

Das Land Bremen hat mit dem Innenstadtplafonds und dessen Fortführungen in der Vergangenheit bereits einen wichtigen Beitrag geleistet, die Bremerhavener Innenstadt wieder aufzuwerten und Bremerhaven als zentrales Oberzentrum in der Region „Cuxland“ neu zu etablieren. Vor dem Hintergrund neuer Einzelhandelsangebote im Bereich der „Havenwelten“ sind hier jedoch weitere Anstrengungen notwendig. Dies gilt besonders vor dem Hintergrund der Vernetzung und Integration von Innenstadt und „Havenwelten“. Insgesamt sind die neu geschaffenen hochwertigen Einzelhandelsflächen in Bremerhaven von grundlegender Bedeutung für die weitere Entwicklung der Innenstadt und müssen dementsprechend weiter attraktiviert werden. In Bremerhaven sind zudem Zentren stärkende, im Strukturkonzept Bremerhaven 2020 verankerte Stadtentwicklungsvorhaben zur Verbindung der Entwicklungsbereiche Alter/Neuer Hafen und Innenstadt sowie für die südliche Innenstadt abzuschließen.

Private Initiativen in den Geschäftszentren des Landes können zudem auf der Grundlage des Bremer Gesetzes zur Stärkung von Einzelhandels- und Dienstleistungszentren von 2006 in Eigenverantwortung Verbesserungen in ihrem Standortbereich vornehmen und zu diesem Zweck Business Improvement Districts (BIDs) bilden.

4.2.4 Unternehmens- und personennahe Dienstleistungen

Um den Strukturwandel im Bundesland Bremen weiter voranzutreiben, ist neben der gewerblichen Stabilisierung auch der Dienstleistungssektor auszubauen. Bremen und Bremerhaven konnten insbesondere durch die Entwicklung neuer Standorte wie z. B. Überseestadt, Airport-Stadt und Technologiepark sowie Alter/Neuer Hafen und nördlicher Fischereihafen (FuE-Zone) in Bremerhaven ihre Potenziale im Vergleich zu anderen Vergleichsstädten wesentlich ausbauen. Neue, zukunftsfähige, qualifizierte Arbeitsplätze wurden geschaffen; diese Entwicklung gilt es fortzusetzen.

Besonderes Augenmerk ist dabei auf die Neuentwicklung zusätzlicher Standorte im Innenbereich in Bremen-Nord, grundsätzlich die Reattraktivierung älterer Bürostandorte sowie auf die Verknüpfung von FuE-Strukturen mit der gewerblichen Wirtschaft zu legen. Wegen seiner überregionalen Wahrnehmbarkeit bietet die Überseestadt als attraktiver, urbaner Standort mit Wasserbezug die einmalige Chance, gezielt als „Headquarter-Quartier des Nordwestens“ bzw. als Standort für wichtige Unternehmensbereiche aufgebaut zu werden und neue, urbane Lebens- und Arbeitsformen zu erproben.

Ein weiteres wichtiges Handlungsfeld ist der Bereich der unternehmensorientierten und wissensbasierten Dienstleistungen. Zwischen Produktions- und Dienstleistungsunternehmen ist ein komplexes und interdependentes Netzwerk entstanden. Wo geforscht und entwickelt, vermarktet, finanziert und produziert wird, ist die Nachfrage nach hochwertigen Dienstleistungen groß. Dienstleistungsnachfrage schafft wiederum neue Märkte für Technologieproduzenten. Vor allem wissensintensive Dienstleistungsunternehmen treten immer öfter sowohl als Anbieter von Wissen als auch als Nachfrager von neuen Technologien in Erscheinung. Bremen weist gegenüber anderen

großen Verdichtungsräumen in Deutschland einen Nachholbedarf bei den wissensbasierten Dienstleistungen auf, sodass hier Handlungsbedarf im Rahmen der integrierten Innovationspolitik besteht.

Auch der Bereich der personennahen Dienstleistung bietet neben Dienstleistungsangeboten im Kontext der Gesundheits-, Freizeit- und Kulturwirtschaft ein großes Entwicklungspotenzial. Arbeitsmarktpolitisch liegt neben dem Aspekt der Beschäftigungsförderung ein wichtiges Ziel bei der Verbesserung von Arbeitsorganisationsentwicklungen.

Zentrale Aktivitäten – Dienstleistungsbereich –

- > Sicherung des Standortes Bremen als Modellregion Logistik.
- > Stärkung des Tourismus durch Vermarkten und Ausbauen der Wissens- und Erlebniswelten; Bremen und Bremerhaven als Städte am Fluss und am Meer profilieren.
- > Stabilisierung und Weiterentwicklung der Innenstädte und Stadtteilzentren im Land Bremen.
- > Vernetzung und Integration von Innenstadt und „Havenwelten“ in Bremerhaven.
- > Überseestadt als attraktiven, urbanen Standort mit Wasserbezug für wichtige Unternehmensbereiche aufbauen und neue, urbane Lebens- und Arbeitsformen erproben.

4.3 Unternehmensstruktur nutzen

4.3.1 Mittelstand und Handwerk

Mittelstand und Handwerk leisten einen besonderen Beitrag für Wachstum, Beschäftigung und Ausbildung sowie den Strukturwandel im Land Bremen. Im Rahmen der im Mittelstandsförderungsgesetz vorgesehenen Berichterstattung wird der Senator für Wirtschaft und Häfen ein Konzept vorlegen, das aufzeigt, wie die Entwicklungsmöglichkeiten von mittelständischen Unternehmen und insbesondere auch Handwerksbetrieben weiter verbessert werden können. Themen des Konzeptes werden sein:

- Die Programme und Maßnahmen der Wirtschaftsförderung werden noch stärker auf die besonderen Problemlagen und Interessen dieser Unternehmen ausgerichtet. Durch die angestrebte Konzentration der Zahl der Förderprogramme werden die Transparenz und damit auch der Zugang von kleinen und mittleren Unternehmen zu den Förderangeboten verbessert.
- Die engere Verzahnung von Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik soll insbesondere im Mittelstand und Handwerk zu positiven Effekten führen. Das gilt angesichts des sich in etlichen Branchen bereits abzeichnenden Fachkräftemangels in besonderem Maße für ein gut ausgebildetes und qualifiziertes Fachkräftepotenzial, auf das gerade kleine Unternehmen im schärfer werdenden Wettbewerb dringend angewiesen sind. Davon profitieren Unternehmen wie Beschäftigte sowie (noch) Arbeitslose gleichermaßen, und es stärkt den Standort im regionalen wie überregionalen Wettbewerb.
- Bei der Neugestaltung des Vergabegesetzes und der Beschaffungsrichtlinien werden den Interessen des örtlichen Mittelstandes und Handwerkes Rechnung getragen. Speziell in der Frage zur Einhaltung der Tariftreue werden die Handlungsspielräume geprüft. Das im bremischen Mittelstandsförderungsgesetz normierte Gebot der möglichst losweisen Vergabe und vor allem seine konsequente Umsetzung spielen zudem eine zentrale Rolle.
- Die Gestaltung und Umsetzung von Unternehmensnachfolgen muss noch gezielter unterstützt werden. Die schon entwickelten Instrumente, einschließlich einer bremischen Nachfolgedatenbank, sollen weiter aktiv genutzt und das bestehende Netzwerk „Unternehmensnachfolge“ weitergeführt werden. Darüber hinaus gilt es, Frauen verstärkt als Nachfolgerinnen für Unternehmen zu gewinnen.

4.3.2 Klein- und Kleinstunternehmen/Existenzgründer/-innen

Klein- und Kleinstunternehmen bieten in der Region eine Vielzahl von Arbeitsplätzen und stellen durch ihre Produkte, Dienstleistungen und Geschäftsideen einen wichtigen Innovationsmotor dar. Die Gründungsintensität, aber auch die Zahl der Marktaustritte sind gerade in diesem Sektor besonders hoch. Klein- und Kleinstunternehmen

übernehmen mit ihrem kreativen Potenzial und ihrer Flexibilität Pionierfunktion gerade auch in zukunftsorientierten Branchen. Das hieraus erwachsende Potenzial und insbesondere der nachhaltige Erfolg von Gründungen ist durch eine Förderung von Netzwerken, durch das Angebot an unterstützenden Strukturen im Rahmen der Existenzgründungsinitiative B.E.G.IN sowie durch finanzielle Unterstützung in Form von spezifischen Darlehens- und Bürgschaftsangeboten bzw. einem noch gezielteren Einsatz der Wirtschaftsförderinstrumente für diese Zielgruppe zu sichern. Ziel ist es, das Land Bremen mit seiner Existenzgründungsinitiative B.E.G.IN als erste Gründungsadresse im Nordwesten weiter auszubauen. Neben der Förderung von Unternehmensgründungen durch Hochschulabsolventen/-innen und von innovations- und technologieorientierten Handwerker/-innen bieten Existenzgründungen und Gründungssicherung von Frauen sowie von Migranten ein hohes Entwicklungspotenzial. Für diese Zielgruppen wurden durch das neue Landesprogramm „Gründungsfabrik Bremen“ in enger Abstimmung zwischen dem SFAJGS und dem SWH eine spezifische Beratungsinfrastruktur und die gezielte Förderung von Unternehmensberatungen sichergestellt. Die Finanzierung erfolgt durch einen Mix aus ESF- und Landesmitteln sowie erstmalig auch Mitteln der Bremer Arbeitsgemeinschaft für Integration und Soziales (BAGIS); die Durchführung durch die vom SWH geförderte B.E.G.IN-Gründungsleitstelle in Abstimmung mit den seit Jahren erfolgreich arbeitenden Frauenberatungsstellen gewährleistet die Nutzung vorhandener Strukturen und Kompetenzen sowie eine effiziente Netzwerkarbeit.

Zentrale Aktivitäten – Unternehmensstruktur –

- > Transparenz und damit auch Zugang von kleinen und mittleren Unternehmen zu Förderangeboten verbessern.
- > Angebot für Klein- und Kleinstunternehmen an unterstützenden Strukturen im Rahmen der Existenzgründungsinitiative B.E.G.IN sicherstellen, spezifische finanzielle Unterstützung in Form von spezifischen Darlehens- und Bürgschaftsangeboten organisieren.
- > Arbeitsmarkt- und wirtschaftspolitische Verzahnung in der Existenzgründungsförderung vertiefen.

5 Innovationspolitische Handlungsfelder

Das Land Bremen wird künftig die Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Wirtschaft stärker ausgestalten, um den Strukturwandel erfolgreich zu begleiten. Dabei stehen anwendungsorientierte Wissenschaft, die Stärkung von Forschung und Entwicklung in der Wirtschaft, der Wissens- und Technologietransfer sowie die Schaffung von Rahmenbedingungen für neue innovative Arbeitsplätze im Zentrum der abgestimmten Zusammenarbeit. Zusätzlich wird die FuE-Förderung künftig intensiver in die unterstützende Gestaltung von Rahmenbedingungen wie wissenschaftlichen und wirtschaftsnahen Infrastrukturen sowie in die ergänzende Unternehmensförderung und Wissenschaftsförderung eingebettet, um so einen integrierten Ansatz der Innovationspolitik zu verfolgen.

Die bereits erfolgte Konzentration auf landesspezifische Innovations- und Wissenschaftsschwerpunkte mit entsprechenden Leit- und Querschnittsthemen zur weiteren Profilbildung wird künftig intensiviert. Die Potenziale Bremens werden mit den technologischen Trends und Marktchancen in Einklang gebracht, um die Voraussetzung für zukunftsfähige Arbeitsplätze zu schaffen. Das Ziel ist es, exzellente Alleinstellungsmerkmale Bremens und Bremerhavens hinsichtlich ihrer regionalen und überregionalen Standortvorteile und Innovationspotenziale so zu verstärken, dass eine nationale und internationale Wahrnehmung erreicht wird.

Der Zusammenarbeit zwischen den relevanten Senatsressorts kommt dabei eine große Bedeutung zu. Dazu gehört auch eine Abstimmung über die thematische Ausrichtung und den Einsatz von Qualifizierungs- und Weiterbildungsprojekten mit dem Arbeitsressort. Dieser integrierte Ansatz wird auch deutlich in der nachfolgenden Beschreibung zentraler Innovationsfelder, bei denen neben den wirtschaftspolitischen auch Aktivitäten anderer Ressorts aufgeführt werden.

Die Umsetzung der innovationspolitischen Strategien beinhaltet eine inhaltliche Fokussierung der bremischen Innovationsförderung in den nächsten Jahren auf die Themen Luftfahrt und Raumfahrt, Maritime Wirtschaft/Logistik, Umwelt- und Energiewirtschaft/Windenergie, die ergänzt werden um das Querschnittsthema Informa-

tions- und Kommunikationstechnologien und um die mit einem z. T. erkennbar hohem Potenzial für wirtschaftliche Nutzung verbundenen Entwicklungsthemen Robotik, innovative Materialien, Medien/Kreativwirtschaft und Gesundheitswirtschaft. Damit werden eindeutige Wachstumsbranchen angesprochen. Diese Vernetzung soll an sich und durch Förderung von Zuliefererverbänden insbesondere den bremischen Mittelstand innovationspolitisch stützen und Rahmenbedingungen zur Weiterentwicklung bereitstellen. Dazu gehört auch ein bedarfsgerechtes Angebot an hochqualifizierter Ausbildung.

Das ausgewählte thematische Portfolio sowie das einzusetzende Maßnahmenpaket werden regelmäßig hinsichtlich ihrer Bedeutung für das Land und ihrer Effizienz überprüft sowie vor dem Hintergrund der Ausrichtung der Bundes- und der EU-Innovationspolitik entsprechend angepasst.

5.1 Luftfahrt und Raumfahrt

Bremen stellt einen bedeutenden Luftfahrtstandort in Europa mit besonderer Spezialisierung auf innovative Materialien und Prozesse sowie Hochauftriebssysteme und Frachtladesysteme dar. Die Entwicklung der Luftfahrtbranche ist insgesamt positiv. Den Fokus im Schwerpunkt Luftfahrt bildet in Bremen das Unternehmen Airbus mit seiner vielfältigen KMU-Zulieferstruktur. Weiterhin sind zahlreiche lokale Institute und wissenschaftliche Einrichtungen im Bereich Luftfahrt aktiv. Besondere Stärken der Wissenschaft liegen im Themengebiet der innovativen Materialien.

Durch die zunehmende Verwendung neuer Materialien im Flugzeugbau kommt den entsprechenden technologischen Verfahren und Produkten eine bedeutende Rolle zu. Bereits jetzt haben sich in Bremen Interessensgemeinschaften wie der AVIABELT e. V. oder Faser International Bremen e. V. gebildet, die den Technologietransfer und Erfahrungsaustausch dazu unterstützen.

Als Entwicklungsziel wird die nachhaltige Stärkung des Luftfahrtstandorts Bremen sowie der kooperierenden Partnerstädte in Norddeutschland im europäischen Kontext verfolgt. Airbus soll intensiver an den Standort gebunden und die Wettbewerbsfähigkeit des Bremer Airbus-Werkes im gesamten Airbus-Verbund gestärkt werden, indem die Zulieferindustrie ausgebaut sowie die Verknüpfung zwischen Airbus als sogenanntem Endproduzenten, den Zuliefer-KMU und den wissenschaftlichen Einrichtungen vor Ort weiter vorangetrieben wird. Die Verstärkung solcher regionalen Kooperationsaktivitäten zwischen (Groß-)Industrie bzw. Endproduzenten, Forschung und KMU wird auch im Zusammenhang mit anderen Großunternehmen der Branche verfolgt.

Zentrale Aktivitäten – Luftfahrt –

- > Im unmittelbaren Umfeld von Airbus sind die erforderlichen Flächen für die weitere Entwicklung vorzuhalten.
- > Verstärkte regionale FuE-Verzahnung von Endproduzenten, wissenschaftlichen Einrichtungen und Zuliefer-KMU.
- > Die Initiativen AVIABELT und Faser International sollen mit dem Ziel der Etablierung langfristig selbsttragender Strukturen weiter unterstützt werden. Folgende Themen stehen dabei im Fokus:
 - Sicherung, Festigung und Ausbau der technologischen Kompetenzen am Standort,
 - Schaffung bzw. Ausbau von Zulieferernetzwerken, einschließlich der Vervollständigung von regionalen Wertschöpfungsketten,
 - lokale und überregionale Vernetzung mit thematisch und strategisch adäquaten Partnern,
 - verstärkter Einsatz von branchen- bzw. technologieübergreifenden Anwendungen.

In Bremen angesiedelte spezialisierte und qualifizierte Unternehmen machen Bremen seit Jahrzehnten zu einem der bedeutendsten Raumfahrtstandorte in Europa. Angeboten werden Leistungen in der Forschung und Entwicklung, der Integration und Test kompletter Systeme sowie Produktion und Consulting. Insbesondere die Anwendung von integrierten Technologien der Raumfahrt in anderen Wirtschaftszweigen gewinnt an Bedeutung, wie Datenübertragung über Satellit, präzise Navigation und Erdbeobachtung.

Neben verschiedenen Großunternehmen beteiligen sich KMU und wissenschaftliche Einrichtungen in Kooperation an der Umsetzung von innovativen Technologieentwicklungen. Bereits jetzt haben sich in Bremen Interessengemeinschaften wie das GMES-Office Bremen und die Bremer Mond-Initiative gebildet. Hierbei spielen maßgebliche Beiträge zu nationalen und internationalen Programmen und Netzwerken eine wichtige Rolle.

Mit dem Institut für Raumfahrtssysteme des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt (DLR) ist der Standort in die deutsche Großforschungsinfrastruktur eingebettet. Daneben stärken Institute des Landes, wie das inneruniversitäre Zentrum für angewandte Raumfahrttechnologie und Mikrogravitation (ZARM) und das Institut für Aerospace-Technologien der Hochschule Bremen, den Wirtschaftsstandort. Weitere außer- und innerhochschulische Institute runden das Portfolio der bremischen Wissenschaft ab, wie beispielsweise das Institut für Umweltphysik (IUP) der Universität Bremen. Durch die verstärkte Integration von Querschnittstechnologien, wie die Robotik, reihen sich weitere FuE-Einrichtungen wie das Deutsche Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz (DFKI) in den Kreis der Raumfahrtakteure nahtlos ein.

Die Stärken der Bremer „Modellregion Raumfahrt für Deutschland in Europa“ korrespondieren mit den Zielsetzungen der deutschen und der europäischen Raumfahrtstrategie des 7. EU-Forschungsrahmenprogramms sowie des ESA-Programms (Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Raumfahrt; Erforschung und Entwicklung von Anwendungen wie GMES, Systemen wie GALILEO sowie raumfahrttechnischen Grundlagen). Vor allem geht es darum, nutzerorientierte Anwendungen in den Bereichen satellitengestützter Erdbeobachtung, Navigation und Kommunikation pilotartig zu integrieren. Eine weitere Stärkung dieser Schlüsselkompetenzen durch europaweite Vernetzung und Fokussierung von Fördermöglichkeiten ist essenziell, um die herausragende Position der Modellregion weiter auszubauen. Hierbei unterstützen auch die in den übergeordneten Thematiken Sicherheit, Umwelt, Klima und Energie vorhandenen wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Potenziale den Raumfahrtstandort.

Das Ziel ist die Stärkung des Bremer Standorts durch den langfristig stabilen Aufbau und Erhalt von Kompetenzen und Arbeitsplätzen in dieser Branche. Ausbildung, Qualifikation und Nachwuchs sowie Standortmarketing sind hierbei von größter Wichtigkeit. Die Akteure werden bei der Etablierung von raumfahrtnahen neuen Geschäftsfeldern insbesondere in den Bereichen Forschung im Weltraum, Raumtransport und Kleinsatelliten sowie Space Exploration und Dienste durch Integration von Raumfahrttechnologieanwendungen unterstützt. Zudem gilt es, eine Sensibilisierung anderer Branchen in Bezug auf den Mehrwert durch Raumfahrttechnologien zu erreichen sowie die Bremer Raumfahrtbelange verstärkt gegenüber dem Bund, der EU und der ESA zu vertreten.

Zentrale Aktivitäten – Raumfahrt –

- > Bestehendes Netzwerkmanagement im europäischen Kontext weiter ausbauen.
- > Themen GMES/Galileo und Exploration of space sowie pilotartige Integration von nutzerorientierten Anwendungen in den Bereichen satellitengestützter Erdbeobachtung, Navigation und Kommunikation weiter vorantreiben.
- > Ausbau Technologietransfer- und FuE-Förderung/Bundes- und EU-Förderung.

5.2 Maritime Wirtschaft/Logistik

Das Land Bremen hat sich als maritimes und logistisches Oberzentrum der nordwestdeutschen Region etabliert und könnte seinen Stellenwert in einer maritim ausgerichteten Europäischen Union noch erhöhen.

In der wirtschaftlichen Bedeutung liegen die Bereiche Hafen und Schifffahrt/Logistik an der Spitze, gefolgt von der Fischverarbeitung und Nischenanbietern und Zulieferern im Schiffbau. Andere Bereiche, z. B. Lebensmitteltechnologie oder Offshore-technik, sind noch nicht so ausgeprägt, haben aber ein großes Innovations- und Wachstumspotenzial.

Die bremischen Meereswissenschaften weisen eine international anerkannte Exzellenz auf. Die Großforschungseinrichtung AWI (Alfred-Wegener-Institut für Polar- und Meeresforschung) in Bremerhaven trägt wesentlich dazu bei, dass sich das Land Bremen bundesweit zum bedeutendsten Standort für Meeresforschung entwickelt hat.

Weitere zentrale Einrichtungen in Bremen sind das MARUM (Zentrum für marine Umweltwissenschaften mit dem Forschungszentrum Ozeanränder und dem Exzellenzcluster „The Ocean in the Earth System“), ZMT (Zentrum für Marine Tropenökologie), MPI (Max-Planck-Institut für marine Mikrobiologie).

Ein weiteres Standbein ist die logistische Kompetenz. Das Institut für Seeverkehrswirtschaft und Logistik (ISL) und weitere Institute an den Universitäten und Hochschulen stützen die marine und maritime Kompetenz und tragen maßgeblich zur Beschäftigung im Land bei. Alle Einrichtungen sind Kooperationspartner beim Technologietransfer für die lokale und überregionale Wirtschaft.

Die Voraussetzungen für die Bildung eines maritimen Kompetenzclusters sind vor Ort durch das unternehmerische und wissenschaftliche Potenzial erfüllt. Neben den Schlüsselsektoren wie, z. B. Häfen, Schifffahrt oder Logistik, machen die vorhandenen Zuliefer- und Dienstleistungsbeziehungen sowie Ausbildungs-, Forschungs- und Behördenfunktionen in den unterschiedlichen Wertschöpfungsketten die Stärke der Region aus.

Besonderes Innovations- und Entwicklungspotenzial wird in folgenden Technologiefeldern gesehen:

- Meeresobservation, Netzwerke auf See, Monitoring,
- Entwicklung von Technologien zur Erkundung und Nutzbarmachung der Tiefsee und Polarmeere,
- maritime Robotik (u. a. autonome Unterwasserfahrzeuge und Flugobjekte für die gewerbliche Nutzung),
- erneuerbare Energien/Offshore, Wind,
- blaue Biotechnologie/Aquakultur/Lebensmitteltechnologie,
- maritime Logistik.

Die vor Ort vorhandenen Wissenschaftseinrichtungen müssen Kooperationsverbünde und sich verstärkende Netzwerkstrukturen untereinander und mit Externen eingehen, um eine kritische und wettbewerbsfähige Masse für innovative Produktentwicklungen herzustellen. Es müssen technologietransfergeeignete Strukturen und Institutionen geschaffen werden, um den Standort überregional im Bereich der maritimen Technologien weiter zu profilieren, Kooperationen zwischen Wirtschaft und Wissenschaft zu ermöglichen und dadurch die Ansiedlung und Entwicklung von innovativen Unternehmen mit neuen Produkten und Dienstleistungen zu unterstützen.

Im Bereich Logistik hat sich das Kompetenzzentrum Logistik Bremen das Ziel gesetzt, die Logistikpotenziale zu stärken, zu vernetzen und zusätzliche Kapazitäten in allen logistischen Funktionsbereichen zu initiieren. Von besonderer Bedeutung ist es, die Schnittstellen zwischen Wissenschaft und Wirtschaft weiter zu optimieren.

Insbesondere gilt es, die Attraktivität des Standorts Land Bremen für Zuliefererbetriebe der Hafenwirtschaft mit den innovativen neuen Komponenten im Land zu verknüpfen, um eine langfristige Standortbindung zu erwirken.

Die Biotechnologiebranche wird im Land Bremen und besonders in Bremerhaven getragen durch die Nähe zur Ressource Meer und zur Lebensmittelwirtschaft mit hohen Qualitätsanforderungen der industriellen Anwendungsfelder, wie z. B. Enzymtechnologie oder medizinischer Bedarf. Für die Region ist es wichtig, konsequent und rechtzeitig die Umsetzung des in den Forschungsinstituten vorhandenen biotechnologischen Wissens in neue Produkte, Produktionsverfahren und Dienstleistungen zu realisieren, neue Anwendungsfelder zu erschließen und Kompetenzen auszubauen. Durch die räumliche Nähe der Unternehmen zu wissenschaftlichen Einrichtungen sind ideale Voraussetzungen für die Entwicklung neuer Produkte bzw. Produkt- und Produktionsverbesserungen gegeben. Qualifiziertes Personal wird darüber hinaus über die verschiedenen Studiengänge der Hochschulen sichergestellt. Vernetzungs-, Kooperations- und Transferstrukturen zum Nutzen der regionalen Wirtschaft aufzubauen und zu initiieren ist beispielhaft durch die Aktivitäten des Technologietransferzentrums Bremerhaven (tz) sowie des Biotechnologiezentrums Nord (BioNord) im Landesfischereihafen gelungen, die einen starken Transfer insbesondere in das Bremerhavener Fisch- und Ernährungsgewerbe leisten. Die weitere Förderung dieses „Clusters“ ist eine Hauptaufgabe für die zukünftige Entwicklung der Seestadt.

Zentrale Aktivitäten – Maritime Wirtschaft/Logistik –

- > Einbringen der bremischen Interessen und Kompetenzen bei der Entwicklung des nationalen Masterplans für Maritime Wirtschaft und Technologien als auch im Rahmen einer integrierten EU-Meerespolitik.
- > Erschließen wissenschaftlicher Potenziale des AWI für die lokale Wirtschaft in Bremerhaven im Rahmen der geplanten FuE-Zone am Handelshafen.
- > Gründung eines neuen maritimen Forschungsinstitutes, das in Kooperation zwischen AWI und Hochschule Bremerhaven verstärkt auch Erkenntnisse aus der Grundlagenforschung in den Transferprozess zwischen Wissenschaft und Wirtschaft einbringt (imare).
- > Sicherung und Entwicklung maritim ausgerichteter Studiengänge an der Hochschule Bremerhaven als Hochschule am Meer mit der zentralen Zielsetzung der Kooperation mit der maritim orientierten Wirtschaft der Region.
- > Ausbau Technologietransfer und FuE-Förderung/Bundes- und EU-Förderung.
- > Umsetzung des Maßnahmenkatalogs des Masterplans Logistik.
- > Positionierung Bremens im Rahmen des Spitzenclusterwettbewerbs des Bundes mit dem Thema „Maritime Logistik“.
- > Weitere Stärkung des Technologie-Transfer-Zentrums (ttz) Bremerhaven im Zusammenhang mit dem BioNord.

5.3 Umwelt- und Energiewirtschaft/Windenergie

Die Umweltwirtschaft ist bundesweit zu einer Branche von erheblicher volkswirtschaftlicher und technologiepolitischer Relevanz herangewachsen. Themen wie Verminderung der Umweltbelastung, Klimaschutz, Klimawandel, Energie- und Ressourceneffizienz bestimmen zunehmend die internationale Wirtschaft und eröffnen vielfältige Entwicklungsmöglichkeiten für umweltbezogene Dienstleistungen und Produkte. Die Notwendigkeit des ökologischen Umbaus geht konsequent einher mit Maßnahmen zur Stärkung der Umweltwirtschaft und der Ökologisierung der bremischen Wirtschaft insgesamt.

Mit Blick auf die Beschäftigungswirkungen, die Umsatzentwicklung sowie die Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen und die Innovationstätigkeit weist die bremische Umweltwirtschaft in zahlreichen Segmenten eine im internationalen, nationalen wie auch im regionalen Vergleich gute und zukunftsfähige Wettbewerbsposition auf. Die dynamische Entwicklung, vor allem im Bereich der regenerativen Energien (Wind-/Offshore-Windenergie), hat dazu geführt, dass sich die Umweltwirtschaft zu einem zentralen Element der Wirtschafts- und Strukturpolitik des Landes und seiner Innovations- und Technologiepolitik entwickelt hat.

In der Vergangenheit wurden vom Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa unterschiedliche umweltbezogene Netzwerke und netzwerkähnliche Strukturen etabliert. Hierzu zählen die Windenergieagentur Bremerhaven/Bremen e. V. (WAB), die Forschungs- und Koordinierungsstelle Windenergie (fk-wind) sowie die „partnerschaft umwelt unternehmen (puu)“. Diese Potenziale gilt es gezielt zu entwickeln. Ein weiterer Schritt in diese Richtung ist die Anfang 2008 gegründete „initiative umwelt unternehmen – iuu“. Sie bildet den inhaltlichen und organisatorischen Handlungsrahmen für Maßnahmen des Umweltressorts und dessen Kooperationspartner aus Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung, die der Verbreitung umweltgerechten Wirtschaftens dienen, die bremische Umweltwirtschaft in ihrer Wettbewerbsfähigkeit stärken und den Innovationsprozess zur Lösung von Umweltproblemen voranbringen. Umweltinnovationen erzeugen nachweisbar ökologisch-ökonomische Synergieeffekte durch die Verbesserung der Umweltsituation, Schaffung zukunftsfähiger Arbeitsplätze und Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit. Ein großes Entwicklungspotenzial wird im Themenfeld Materialeffizienz gesehen.

Bremerhaven entwickelt sich aufgrund seiner Lage am seeschifftiefen Wasser, hervorragender Infrastrukturen, gezielter Förderung sowie Lobby- und Netzwerkarbeit zum Zentrum des Offshore-Windenergieanlagenbaus in Deutschland. Beleg dafür ist die erfolgreiche Ansiedlung von Marktführern. Mit der Forschungseinrichtung Fraunhofer Center für Windenergie und Meerestechnik (CWMT) und den weiteren wissenschaftsbezogenen Einrichtungen, wie dem Windkanal, profiliert sich Bremerhaven als Kom-

petenzzentrum für Forschungsthemen der Windenergie bis hin zur Meerestechnik. Dabei ist eine Weiterentwicklung des Fraunhofer Centers zu einem Fraunhofer Institut in Bremerhaven anzustreben. Die WAB ist das europaweit ausstrahlende, größte Unternehmensnetzwerk der Branche. Als überbetriebliche Infrastruktureinrichtung unterstützt sie zusammen mit ihren institutionellen Partnern an der Hochschule Bremerhaven Produkt- und Prozessinnovation und stärkt die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen.

Aufgrund der „Inwertsetzung“ des Standortes ist der südliche Fischereihafen gegenwärtig ein überaus gefragter Standort für die Branche der Offshore-Windenergie. Diese Entwicklung gilt es zu nutzen, um ein Optimum an realwirtschaftlichen Effekten zu generieren. Dazu sind nicht nur neue Flächen auszuweisen und herzurichten, sondern auch Hafeninfrastrukturen den spezifischen Bedarfen der Unternehmen anzupassen. Besondere Chancen bestehen hier für eine rund 200 ha große Fläche, die im Anschluss an den Fischereihafen von niedersächsischer in bremische Hoheit übergeht. Nicht zuletzt in Bezug auf die derzeit im Fischereihafen entstehenden Strukturen für die Unternehmen der Offshore-Windenergie können auf dieser neuen Industriefläche weitere Betriebe, die im Bereich der erneuerbaren Energie tätig sind, geworben werden. Hierzu wird derzeit eine Machbarkeitsstudie gefertigt.

Das Land wird sich im Bereich der erneuerbaren Energien auch weiterhin auf Bremerhaven und das Thema Windenergie konzentrieren. Der Ausbau der Windenergie bildet einen der zukünftigen Schwerpunkte der bremischen Wirtschaftsförderung. Die Maßnahmen zur Vernetzung und Kooperation von Forschung, Wissenschaft sowie Industrie werden weitergeführt und gegebenenfalls verstärkt. Weitere Unternehmen sollen angesiedelt werden.

Zentrale Aktivitäten – Umwelt- und Energiewirtschaft/Windenergie –

- > Vor dem Hintergrund eines drohenden Fachkräftemangels bieten die Hochschulen in Bremerhaven und Bremen bereits heute abgestimmte Angebote für die Qualifizierung von akademischem Fachpersonal im Bereich der (Offshore)Windenergiebranche an. Die Angebote sind abzusichern. Im Zusammenhang einer verstärkten Verknüpfung von Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsförderung sind hier weitere bedarfsgerechte Angebote in der spezifischen Qualifizierung in Zusammenarbeit mit den Unternehmen zu schaffen.
- > Das Potenzial des Fraunhofer Centers für Windenergie und Meerestechnik (CWMT) soll weiterentwickelt und für die gesamte Region fruchtbar gemacht werden. Die Entwicklung als Fraunhofer Institut wird angestrebt.
- > Netzwerke weiterentwickeln.
- > Ausbau Technologietransfer- und FuE-Förderung/Bundes- und EU-Förderung.

5.4 Informations- und Kommunikationstechnologien

Informations- und Kommunikationstechnologien (IT) sind zentrale Querschnittstechnologien für die moderne Wissens- und Informationsgesellschaft. Wichtigste Anwendungsfelder in Bremen sind die Logistik und die Gesundheitswirtschaft.

Wie in allen anderen Technologiefeldern nimmt die Geschwindigkeit der Neuentwicklungen auch im IT-Bereich stetig zu. In immer kürzer werdenden Abständen kommen neue Entwicklungsthemen auf den Markt, die von nahezu allen Unternehmen am Standort aufgegriffen werden müssen, um im Wettbewerb bestehen zu können. Dies stellt hohe Anforderungen an die Leistungsfähigkeit der Firmen und impliziert hohe FuE-Kosten sowie die risikoreiche Investition in Zukunftsthemen.

Am Technologiezentrum Informatik (TZI) werden in Kooperation mit der Wirtschaft Mobile Technologien, Digitale Medien, Informations- und Kommunikationstechnologien sowie intelligente Systeme entwickelt. Das TZI hat sich 2007 in einem gemeinsamen Verein mit dem OFFIS in Oldenburg zusammengeschlossen. Sie bilden die größte IuK-Forschungsorganisation in einer deutschen Region. Mit dem Bremer Institut für Produktion und Logistik (BIBA), dem Institut für Seeverkehrswirtschaft und Logistik (ISL) und dem TZI verfügt Bremen über eine hervorragende wissenschaftliche Kompetenz in der e-Logistics.

Im Bereich IT werden KMU kontinuierlich mit Beratung und Erfahrungsaustausch unterstützt, um frühzeitig auf neue Entwicklungen reagieren und beschäftigungswirksam aufgreifen zu können. Im Anwendungsfeld e-Logistics stehen die sich ergebenden

den Chancen und Wachstumspotenziale für die Logistikdienstleister sowie die sie unterstützenden Unternehmen der Informations- und Kommunikationstechnik im Mittelpunkt der Aktivitäten. Themenfelder sind u. a. Warenverfolgung, Tracking und Tracing, sowie Sicherheitsaspekte. Der Einsatz der RFID-Technologie wird dabei eine zentrale Rolle spielen.

IT zur Unterstützung logistischer Prozesse bleibt somit auch künftig ein Schwerpunktthema im Bereich IT. Eine intelligente Steuerung und Überwachung der Logistikketten durch informationstechnologische Lösungen ist die Basis für erfolgreiches Handeln in der Zukunft und erfordert zunehmend mehr Informationen über den aktuellen Status der Transportbehälter und der sich darin befindlichen Ware. Die große Anzahl von Anwendern im Land Bremen und die standortspezifischen Logistikparameter im Zusammenhang mit dem Hafen bilden gute Voraussetzungen für die Entwicklung neuer Lösungen beispielsweise im Supply-Chain-Management. Die Kooperation zwischen den genannten Einrichtungen und der bremischen Wirtschaft wird kontinuierlich intensiviert.

Die Zusammenarbeit von Wirtschaft und Wissenschaft ist ein Schwerpunkt des Kompetenzzentrums Logistik. Die nationale und internationale Vernetzung in den für Bremen wichtigen Anwendungsfeldern soll intensiviert werden, um die bremische IT in nationalen und internationalen Clustern noch besser zu vernetzen. Ziel ist es dabei auch, wichtige nationale und europäische Förderprojekte zu akquirieren, an denen sowohl die bremische Wissenschaft als auch Wirtschaft beteiligt sind.

Zentrale Aktivitäten – Informations- und Kommunikationstechnologien –

- > Intensivierung der Netzwerkaktivitäten in der Gesundheitswirtschaft und in der Logistik.
- > Ausbau Technologietransfer- und FuE-Förderung/Bundes- und EU-Förderung.

5.5 Robotik

Die Robotik umfasst Teilgebiete der Informatik (insbesondere der künstlichen Intelligenz), der Elektrotechnik und des Maschinenbaus und ist im Zusammenhang mit der Mechatronik und Automatisierungstechnik zu nennen. In diesem Innovationsfeld werden weltweit hohe Wachstumspotenziale erwartet.

Im Bereich Robotik verfügt Bremen in der Wirtschaft über spezifisches Anwender-Know-how, z. B. in der Automotive-Branche und dort im Fertigungs- und Montagebereich. In der Luft- und Raumfahrt gibt es bereits Entwicklungen, die intelligentere Systeme einsetzen und so erste Schnittstellen zur Wissenschaft darstellen. Das gleiche gilt für einige Aufgabenstellungen in speziellen maritimen Anwendungen, z. B. AUV (Autonome Unterwasserfahrzeuge). Zur Verbesserung der eigenen Marktpositionen gibt es speziell in kleineren Unternehmen verstärkte Tendenzen zum Einsatz intelligenterer Steuerungslösungen, um den aufwendigen „Teach-in-Prozess“ zu ersetzen beziehungsweise zu vereinfachen.

Auf der Wissenschaftsseite wurden in Bremen in den letzten Jahren die Grundlagen für den Ausbau der Aktivitäten im Bereich autonom agierender Robotersysteme durch die unterschiedlichsten Forschungsaktivitäten im Labor des Deutschen Forschungszentrums für Künstliche Intelligenz (DFKI-Labor Bremen), am Bremer Institut für Produktion und Logistik (BIBA) sowie an den jeweiligen Hochschulen gelegt. Aus diesen Forschungsergebnissen lassen sich Teilbereiche in bestehende Produkte bremischer Unternehmen integrieren und somit erweiterte Einsatzfelder erschließen.

FuE-Kooperationsaktivitäten mit Unternehmen sind bereits vorhanden und bilden Erfolg versprechende Ansatzpunkte. Die weitere Entwicklung der Robotikbranche wird insgesamt positiv gesehen, da aufgrund der demografischen Entwicklung sowohl im produzierenden Bereich als auch im allgemeinen Servicebereich der Bedarf an weiterentwickelten Robotersystemen unterschiedlicher Ausprägungen ansteigen wird.

Der Robotiksektor weist ein besonders hohes Querschnittspotenzial mit neuen Entwicklungsmöglichkeiten für zahlreiche Branchen auf. Hier geht es darum, dass sich Bremen als Kompetenzzentrum europaweit positioniert und nachhaltige Netzwerkstrukturen mit regionalen Firmen etabliert werden. Bremen hat die Chance, aus seiner vor allem wissenschaftlichen Expertise im Bereich der autonomen Systeme eine unternehmerische neue Basis zu entwickeln.

Bremen soll zum Standort innovativer Entwicklungs- und Realisierungskapazitäten auf dem Gebiet der Servicerobotik und intelligenter Roboterapplikationen, wie selbsterkennender Systeme zur Bearbeitung einer größeren Produktvielfalt, entwickelt werden. Die vorhandenen Unternehmen sollen in ihrer Wettbewerbsfähigkeit durch Innovationsförderung und die Schaffung eines regionalen Netzwerks gestärkt werden.

Zentrale Aktivitäten – Robotik –

- > Aus wissenschaftlichen Stärken soll unternehmerisches Potenzial generiert werden und in Unternehmensneugründungen münden.
- > Die Etablierung des Labors des Deutschen Forschungszentrums für Künstliche Intelligenz als dritten Vollstandort des DFKI.
- > Aufbau eines Robotic Innovation Centers u. a. mit den Kernbereichen Weltraumrobotik und maritime Robotik.
- > Positionierung Bremens im Rahmen des Spitzenclusterwettbewerbs des Bundes mit dem Thema „Mobile Autonome Systeme“ unter Federführung des DFKI.

5.6 Innovative Materialien

Die für Bremen typischen Verkehrsproduktionsbereiche – Schiffbau, Luft- und Raumfahrt, Automobilindustrie, aber auch die Umweltwirtschaft/Windkraft – beschäftigen sich mit Fragen der Herstellung, des Einsatzes und der Verarbeitung unterschiedlichster Materialien. Als Querschnittsthema berührt es verschiedene Branchen entlang ihrer Wertschöpfungsketten.

Die wissenschaftliche Ausbildung und Expertise für die Entwicklung und den Einsatz neuer Materialien aus werkstofftechnischer und verfahrenstechnischer Sicht ist im Lande Bremen herausragend. Zum Wissenschaftsschwerpunkt „Materialwissenschaft“ gehören die vier außerhochschulischen Forschungsinstitute Bremer Institut für angewandte Strahltechnik (BIAS), Faserinstitut Bremen e. V. (FIBRE), Fraunhofer-Institut für Fertigungstechnik und Angewandte Materialforschung (IFAM) und Stiftung Institut für Werkstofftechnik (IWT) sowie das inneruniversitäre Institut für Mikrosensoren, -aktuatoren und -systeme (IMSAS) sowie – neben anderen – die Fachgebiete Ceramics und Computational Material Science (CMS) der Universität Bremen.

Die Hochschule Bremen bietet den weltweit einzigartigen grundständigen Studiengang Bionik an. Mit dem Bionik-Innovations-Centrum Bremen (B-I-C) ist die Ausbildung in den Studiengängen Bionik systematisch in Anlehnung an den Forschungsbereich erweitert und der Technologietransfer im Austausch mit der Wirtschaft vorangetrieben worden. Der Technologietransfer wird am B-I-C auch durch die regionale Kommunikationsplattform „Marine Bionik“ gefördert.

Durch verschiedene Maßnahmen wurde der Wissenstransfer zwischen Wissenschaft und Großindustrie initiiert, der durch neue und ergänzende Maßnahmen gezielt ausgebaut werden soll. Die Erfahrungen zeigen, dass ein dauerhafter Technologietransfer zwischen Wissenschaft, Großindustrie und KMU im Bereich der innovativen Materialien und deren Anwendung nachhaltig angeregt werden kann.

In einer Zeit immer kürzerer Produktlebenszyklen spielen Hochleistungswerkstoffe und innovative Materialien, wie z. B. verstärkte Kunststoffe, Oberflächen wie auch Nanokomposite und smart-materials, sowie bessere Recycelbarkeit eine immer größere Rolle. Insbesondere der Bereich der kohlenstofffaserverstärkten Kunststoffe (CFK) besitzt ein erhebliches Potenzial für Innovationen. Aber auch herkömmliche Werkstoffe wie Stahl, Eisen oder Aluminium besitzen nach wie vor anwendungsbezogen ein großes Optimierungs- und Entwicklungspotenzial in sich. „Neue Materialien“ mit definierter Einstellung der Materialkennwerte eröffnen Möglichkeiten für Produktivitätssteigerungen und Umweltentlastungen.

Eine Hauptaufgabe bei der Thematik „Innovatives Material“ ist es, die hervorragenden wissenschaftlichen Kompetenzen und das Know-how der Großindustrie den kleinen und mittleren Unternehmen zugänglich zu machen. Ein Dialog auf breiter Ebene ist in Gang zu setzen und die Integration in die Wertschöpfungsketten zu unterstützen. Die Verwertung der oft exzellenten wissenschaftlichen Ergebnisse soll deutlich intensiviert werden.

Zentrale Aktivitäten – Innovative Materialien –

- > Mit dem FHG-Innovationscluster „MultiMat“ soll eine Grundlage für ein nachhaltiges Netzwerk zum Transfer von neuem Wissen und Technologien hin zu Produkten und Produktionsverbesserungen und Vermarktung sowohl bei Großunternehmen wie auch KMU entstehen.
- > Die bremischen wissenschaftlichen Kompetenzen im Bereich von CFK, in dem ein erheblicher Bedarf der Wirtschaft existiert, werden gestärkt.
- > Prüfung eines entsprechenden materialwissenschaftlichen Zentrums in Kooperation mit der regionalen Industrie, auch in der Bionik.
- > Integration branchenspezifischer Qualifizierungselemente in die Hochschulausbildung zur Verbesserung der Nachwuchssituation.
- > Information und Beratung sowie Qualifizierung der kleinen und mittleren Unternehmen hinsichtlich der anwendungsspezifischen Auswahl und Dimensionierung der neuen Werkstoffe. Auch hier ist eine enge Verzahnung von Maßnahmen der Wirtschafts- und Arbeitsmarktförderung erforderlich.
- > Ausbau Technologietransfer und FuE-Förderung/Bundes- und EU-Förderung.

5.7 Medien/Kreativwirtschaft

Der Bereich „Kreativwirtschaft“ wird nicht nur zunehmend bedeutsam für das Image einer modernen Metropole oder eines Innovationsstandortes, sondern auch mit eigenen Wertschöpfungspotenzialen versehen. Diese liegen zum einen in der Kreativwirtschaft direkt durch gestiegene Nachfrage nach kreativen Dienstleistungen. Zum anderen aber auch in der Interaktion der Kreativwirtschaft mit anderen Bereichen der Regionalwirtschaft (Querschnittsfunktion der Kreativwirtschaft).

Für Bremen ist eine Positionierung in direkter Konkurrenz zu den etablierten Medienstandorten nicht zielführend. Es muss für Bremen in erster Linie darum gehen, im Zuge der Standortentwicklung die Medien- und Kreativwirtschaft zu stärken. Neben den klassischen Medien gehört auch die Kreativwirtschaft zur Zielgruppe. Dazu zählen alle kreativen Dienstleistungen, die wirtschaftsunterstützend tätig sind, z. B. in den Bereichen Design, Marketing, Werbung, Marketing, Public Relations, Multimedia, Medienwirtschaft, Fotografie, Sound und Architektur.

Bremen verfügt über ein hinreichendes endogenes Potenzial, das geeignet ist, den Innovationsstandort Bremen zu stärken, und um so auch mittel- bis langfristig interessant für Ansiedlung auswärtiger innovativer Unternehmen werden. Ein Ansatzpunkt ist dabei die Entwicklung des Medienquartiers im Stephaniviertel mit Radio Bremen als Nukleus. Darüber hinaus bieten sich Chancen für Bremen, wenn es gelingt, sich in einzelnen, Erfolg versprechenden Nischen zu positionieren.

Im Fokus der Strategie sollen im Prinzip zwei Segmente stehen: Zum einen der etablierte, klar marktorientierte und auf Wachstum ausgerichtete Bereich (z. B. Werbeagenturen, Internetdienstleister) und zum anderen Bereiche der „kreativen Szene“ mit Marktpotenzial (z. B. Hochschulabsolventen und Jungunternehmer aus dem kreativen Umfeld, Gestalter, freie Architekten, Videokünstler etc.).

Hinsichtlich der Entwicklung der Kreativwirtschaft in Bremen bestehen im Wesentlichen folgende Ziele:

- Aktivierung der „Szene“, um hier mehr Wertschöpfung aus dem kreativen Potenzial zu generieren, die Akteure zu vernetzen und zu stärken. Hierbei wird die kreative Szene als ein in Ansätzen bestehendes eigenständiges Cluster angesehen.
- Den Dialog zwischen Kreativen und klassischen Unternehmen fördern und weiterzuentwickeln, um hier mehr am Markt erfolgreiche Innovation zu ermöglichen und Interdisziplinarität zu fördern.
- Den Standort im Sinne von Innovation, neuen Medien und Kultur insgesamt attraktiver für Hochqualifizierte und Unternehmensansiedlungen zu machen.

Zentrale Aktivitäten – Medien/Kreativwirtschaft –

- > Neuausrichtung des Designzentrums Bremen/Designlabor Bremerhaven.
- > Netzwerkmanagement fortführen.
- > Beratungsprogramm Ideenlotsen fortführen.
- > Dialogförderung in Kooperation mit RKW.
- > Ausbau Technologietransfer- und FuE-Förderung/Bundes- und EU-Förderung.

5.8 Gesundheitswirtschaft

Die Gesundheitswirtschaft wird als ein Wachstumsmarkt eingeschätzt, bedarf jedoch wegen seiner derzeit überwiegend nicht marktähnlichen Strukturen einer eigenen wirtschaftspolitischen Aufmerksamkeit. Es ist zu erwarten, dass der Wandel von einem kostenintensiven Gesundheitswesen zu einer produktiven Gesundheitswirtschaft erhebliche Bedarfe an innovativen Produkten und Dienstleistungen, Entwicklungen, Veränderungen und Gestaltungen hervorbringen wird.

Der Bereich der Gesundheitswirtschaft wurde seit dem Jahr 2000 systematisch aufgebaut und ist als Zukunftsmarkt und Innovationsfeld im Lande Bremen anerkannt und politisch verankert. Entwicklungsziele der ressortübergreifenden Initiative „BREMEN – Zukunftsmarkt Gesundheit“ sind den Wandel der Gesundheitswirtschaft aktiv am Standort zu gestalten und die Potenziale des „Zukunftsmarkts Gesundheit“ für den Standort nutzbar zu machen.

Die Gesundheitswirtschaft im Land ist geprägt durch die oberzentrale Funktion des Versorgungssektors, eine ohne medizinische Fakultät starke und breit gefächerte Wissenschaftslandschaft und von KMU, die – sensibilisiert durch die Initiative des Landes – ihre Chance im Gesundheitsmarkt suchen.

Die Geschäftsfelder der Gesundheitswirtschaftsinitiative in Bremen liegen im Bereich der Medizintechnik mit dem Schwerpunkt E-Health/Mobile Anwendungen/Telemedizin/Bildgebende Verfahren in der Medizin, des Dienstleistungssektors bzw. der Versorgungseinrichtungen Pflege und Medizin, der Bauunternehmen (Gesundheitsimmobilien), der Freizeitwirtschaft sowie des Bereiches der Wissenschaft und Forschung (Public Health, Informatik, künstliche Intelligenz, Lebensmitteltechnologie, Versorgungsforschung).

Das Zusammenspiel von Unternehmen, Gesundheitsdienstleistern und der Wissenschaft ist hier bedeutend, insbesondere die Schnittstellen und Synergien zwischen der Gesundheitswirtschaft mit den für Bremen herausragenden Gebieten der Informationstechnologie, Materialforschung, Mikrosystemtechnik und Biotechnologie.

Mit der MeVis Research GmbH ist ein bedeutendes Forschungsinstitut im Bereich der Gesundheitswirtschaft etabliert. Die Forschungsaktivitäten, insbesondere im Bereich der bildgebenden Verfahren, bieten Chancen für einen weiteren Ausbau und für stärkere wirtschaftliche Verwertung.

Um den bisherigen Weg zu verfolgen und Bremen künftig als Gesundheitsstandort weiterzuentwickeln, ist eine weitere Fokussierung nötig, um die Ressourcen der ansässigen Unternehmen und Institutionen sowie die Expertise in Wissenschaft und Forschung noch mehr miteinander zu verbinden. Dafür eignet sich das Thema „Zuhause als Gesundheitsstandort“. Der Markt für generationengerechte Wohnkonzepte gilt aufgrund der demografischen Entwicklung allgemein als Zukunftsmarkt und bietet Perspektiven für den Standort Bremen.

Für die bisherigen gesundheitswirtschaftlichen Handlungsfelder (E-Health/Mobile Anwendungen/Bildgebende Verfahren in der Medizin, neue Produkte und Dienstleistungen in der Pflege, altersgerechte Dienstleistungen, inklusive Ernährung) bieten sich hinreichende Schnittmengen, und weitere Anknüpfungspunkte können geöffnet werden (Wohnungswirtschaft, Versorgungsleuchttürme – Anbindung Krankenhäuser, Freizeitwirtschaft usw.). Dabei gilt es, die begonnene Strategie der technologischen und prozessbezogenen Innovationen (neue Produkte und Dienstleistungen, Pflegekonzepte) fortzusetzen.

Durch die Fokussierung der Gesundheitswirtschaft sollen altersgerechte, genderspezifische und gesundheitsförderliche Wohnkonzepte in Bremen modellhaft erprobt werden, um dadurch Wertschöpfungspotenziale im Land Bremen aufzuzeigen. Dabei

wird auch auf die Integration von Gesundheitsdienstleistungen von Krankenhäusern und/oder medizinischen Versorgungszentren gezielt, die als Nukleus und Anbieter von Gesundheitsdienstleistungen fungieren und auf diese Weise ihre vorhandenen Ressourcen und ihr Know-how für die Entwicklung neuer Angebote im Zukunftsmarkt Gesundheit nutzen können.

Durch die Verknüpfung mit Schlüsseltechnologien (insbesondere Informationstechnik, Mikrosystemtechnik etc.) und Ausbau der Kooperation von Gesundheitsdienstleistern, Wissenschaft, Unternehmen und die Nutzung der Potenziale innerhalb der Metropolregion können weitere Synergien genutzt werden. Die Schnittstelle zum Innovationsfeld IT bietet eine wichtige Grundlage zur Entwicklung weiterer innovativer Dienstleistungen und Produkte.

Zentrale Aktivitäten – Gesundheitswirtschaft –

- > Aufbau eines regionalen Netzwerkmanagements mit Unternehmen und Dienstleistern.
- > Überregionale Vernetzung im „Netzwerk Deutscher Gesundheitsregionen e. V.“. Hier übernimmt Bremen die Federführung für das Handlungsfeld „Das Zuhause als Gesundheitsstandort“.
- > Ausbau Technologietransfer und FuE-Förderung/Bundes- und EU-Förderung.
- > Der Ausbau der MeVis Research GmbH zu einem Fraunhofer Institut.

6 Bremerhaven

Bremerhaven ist eines der bedeutenden Zentren der maritimen Wirtschaft in Deutschland und Europa. Die Dynamik im Container- und Automobilumschlag und in der Logistik hat zu einem wirtschaftlichen Aufschwung geführt, Forschungsinstitute und Hochschule entwickeln sich positiv und haben Ausstrahlungseffekte auf weite Bereiche der Wirtschaft der Seestadt; der Tourismus und auch die Umweltwirtschaft sind zu wichtigen Standortfaktoren geworden, die erhebliches Entwicklungspotenzial bieten.

Die gravierenden strukturellen Probleme, die trotz der Erfolge im Strukturwandel nicht gelöst sind, erfordern weiterhin besondere wirtschaftspolitische Schwerpunktsetzungen für Bremerhaven. Dies schließt eine gemessen an der Zahl der Einwohner überproportionale Berücksichtigung Bremerhavens bei Landesinvestitionen im Rahmen des landesweiten strukturellen Konzeptes ein.

Die Wirtschaftspolitik der Landesregierung wird auf der Basis des in Bremerhaven erfolgreich eingeleiteten Strukturwandels gezielt an den zukunftsorientierten Strukturen ansetzen und diese weiter stärken.

Besondere Chancen und Potenziale für die künftige Entwicklung Bremerhavens bestehen in den folgenden Kompetenzfeldern:

- Maritime Forschung/Technologien: Ziel ist es, Bremerhaven mit Unterstützung des Landes zum Zentrum für Meereswissenschaften und maritime Technologien zu entwickeln.
- Klimaforschung/Offshore-Windenergie: Bremerhaven ist heute ein zentraler Forschungs-, Entwicklungs- und Produktionsstandort im Bereich Klimaforschung sowie der Offshore-Windenergie. Diese positive Entwicklung der letzten Jahre wird das Land mit Nachdruck vorantreiben.
- Lebensmittel- und Fischwirtschaft/Blaue Biotechnologie: Die Position Bremerhavens als Zentrum der Lebensmittel- und Fischwirtschaft wird mit Unterstützung des Landes weiter gefördert. Die Erhöhung der Standortbindung der ansässigen Unternehmen durch Stärkung regionaler Zuliefererbeziehungen und Transfer und Vernetzung zu den Hochschulen und Forschungseinrichtungen stehen dabei im Vordergrund.
- Logistik: Die Entwicklung im Logistiksektor bietet noch erhebliche Potenziale für die Schaffung von Arbeitsplätzen sowie die Steigerung der regionalen Wertschöpfung. Die Landesregierung wird die sichtbar positive Entwicklung der letzten Jahre weiter unterstützen.

- Maritimer Tourismus/Dienstleistungen: Bremerhaven hat in den nächsten Jahren die Möglichkeit, sich als Zentrum des maritimen Tourismus an der deutschen Nordseeküste zu etablieren. Diese Entwicklung wird das Land gemeinsam mit der Seestadt aktiv weiter vorantreiben.

Das „Struktorentwicklungskonzept Bremerhaven 2020“ wird zur Stärkung der wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und technologischen Potenziale Bremerhavens mit einem besonderen Fokus auf die genannten fünf Kompetenzfelder zu einer Wachstums- und Beschäftigungsinitiative Bremerhaven weiterentwickelt. In dieser Initiative werden schließlich Projekte und Maßnahmen definiert und erarbeitet, mit denen die wirtschaftspolitische Schwerpunktsetzung der Landesregierung in Bremerhaven dokumentiert wird.

Hierzu gehört es, die begonnenen Projekte weiter zu entwickeln und zu ergänzen. Wichtig wird es sein, die vorhandenen FuE-Strukturen insbesondere mit der maritimen Wirtschaft und der lebensmittel- und fischverarbeitenden Industrie noch stärker zu verknüpfen. Dieser Prozess soll durch eine gezielte Transferpolitik aus dem Wissenschaftsbereich und durch die weitere Entwicklung des Hochschulprofils und der angewandten Forschungslandschaft in Bremerhaven in Orientierung an den regionalwirtschaftlichen Entwicklungszielen unterstützt werden. Insbesondere mit Blick auf die Potenziale der maritimen Wirtschaft wird der nördliche Fischereihafen zu einer maritimen FuE-Meile ausgebaut. Von besonderer Bedeutung ist auch die Entwicklung des südlichen Fischereihafens als Zentrum für die Windenergie- und Offshorebranche sowie Modernisierung des übrigen Gewerbegebietes Fischereihafen. Bremerhaven soll als bundesweiter Nukleus für den Bereich „Windenergie und Meerestechnologien“ ausgebaut werden. Die weitere Absicherung des zentralen Entwicklungsprojektes Alter/Neuer Hafen und der Reattraktivierung des Schaufensters Fischereihafen sowie die Stärkung der Innenstadt und der Nebenzentren sind ebenfalls von herausragender Bedeutung. Darüber hinaus müssen im Bereich der Hafenvirtschaft bzw. dem Hafenumschlag künftig in noch stärkerem Maße Beschäftigungseffekte realisiert werden, um die fiskalische Rentabilität der bremischen öffentlichen Hafeninfrastrukturinvestitionen zu erhöhen. Im Zentrum steht in diesem Zusammenhang die bedarfsgerechte weitere Erschließung von Logistikflächen im Stadtnorden.

Der Senator für Wirtschaft und Häfen wird auf Basis der vorliegenden Ausarbeitungen für eine Leuchtturmregion Bremerhaven Vorschläge machen, mit denen ein Beitrag zur Attraktivität des Wirtschaftsstandortes geleistet werden soll. Ziel ist es, Ansätze zur Verbesserung der ungünstigen Standortsituation Bremerhavens zu identifizieren, ohne umweltschutz- und arbeitsrechtliche Bestimmungen einzuschränken.

Darüber hinaus sollten die wirtschaftsstrukturellen Probleme stärker im nationalen Kontext gesehen werden. Die deutsche Regionalförderung konzentriert sich aktuell nahezu ausschließlich auf die neuen Länder. Alle fundamentalen Wirtschaftsdaten Bremerhavens zeigen jedoch eine mit der Mehrheit der ostdeutschen Städte vergleichbare Situation auf; andere ostdeutsche Städte haben sich mittlerweile zu prosperierenden Zentren entwickelt, ohne jedoch ihren Status als Fördergebiet zu verlieren. Aus dieser Lage sind Überlegungen abzuleiten, wie Elemente der ostdeutschen Regionalförderung – etwa die Investitionszulage – auch auf die strukturschwachen Städte in den alten Ländern übertragen werden können.

Zentrale Aktivitäten – Bremerhaven –

- > Bremerhaven zum Zentrum für Meereswissenschaften, maritime Technologien, Klimaforschung und Offshore-Windenergie entwickeln.
- > FuE-Strukturen mit der maritimen Wirtschaft und der lebensmittel- und fischverarbeitenden Industrie stärker verknüpfen.
- > Nördlicher Fischereihafen zu einer maritimen FuE-Meile ausbauen.
- > Entwicklung des südlichen Fischereihafens als Zentrum für die Windenergie- und Offshorebranche.
- > Bedarfsgerechte weitere Erschließung von Logistikflächen im Stadtnorden.

7 Finanzierungsperspektive

Die Wirtschaftskraft des Landes Bremen und die Finanzkraft des öffentlichen Haushalts klaffen aufgrund des bundesstaatlichen Systems der Steuererlegung und -ver-

teilung mehr und mehr auseinander. Großstadtypische Sozialleistungen sowie insbesondere erhebliche Zinsaufwendungen als Folge massiver Altschulden halten den Zwei-Städte-Staat zudem in einer Haushaltsnotlage, aus der sich die Freie Hansestadt Bremen mit der bestehenden Finanzausstattung nicht mehr aus eigener Kraft befreien kann.

Der beschlossene Finanzplan 2007/2011 bildet die Grundlage für den weiteren, aus eigener Kraft zu gestaltenden Sanierungskurs der Freien Hansestadt Bremen im Mittelfristzeitraum und spiegelt damit zugleich auch den in der Klage vor dem Bundesverfassungsgericht als gerade noch leistbar eingeschätzten Eigenbeitrag des Landes zur Haushaltssanierung wider. Die konsumtiven Primärausgaben werden nur noch marginale Zuwachsraten aufweisen; dabei werden die Eckwerte sicherstellen, dass laufende Verpflichtungen im konsumtiven Bereich weiterhin erfüllt werden können. Die Investitionsausgaben mit jahresdurchschnittlichen Kürzungen um 4,6 % im Zeitraum von 2007 bis 2011 werden bis zum Endjahr der Finanzplanung unter das einwohnerbezogene Vergleichsniveau der Flächenländer (einschließlich der Gemeinden) gebracht. Dies entspricht einer Investitionsquote von 10 %. Vergleichsmaßstab dieser Zielsetzung ist das einwohnerbezogene Brutto-Investitionsniveau des Stadtstaates Hamburg.

Im vorliegenden Strukturkonzept werden Aussagen zu laufenden und angestrebten wirtschaftspolitisch relevanten Maßnahmen getroffen. Im Zeitraum der aktuellen mittelfristigen Investitionsplanung (2008/2011) stehen nach derzeitigem Berechnungsstand für den Bereich Wirtschaft insgesamt rd. 457 Mio. € zur Verfügung. Dabei ist zu berücksichtigen, dass zunächst ein erheblicher Teil der für den Bereich Wirtschaft vorgesehenen Mittel für Verpflichtungen aus Kapitaldienstfinanzierungen benötigt wird. Ab 2010 wird allerdings ein Absinken der Verpflichtungen aus Kapitaldienstfinanzierungen erfolgen, sodass sich der finanzpolitische Spielraum für wirtschaftspolitische Maßnahmen und Investitionen in den Folgejahren entsprechend schrittweise erhöhen wird. Eine zielgerichtete Wirtschaftspolitik wird in der Umsetzung des Strukturkonzeptes andere Ressorts in geeigneter Form frühzeitig einbeziehen, um hier zur Verfügung stehende investive Mittel für gemeinsame programmatische Ansätze einzubinden.

Für die Entscheidung über die Fortführung von Programmen und Maßnahmen des Senators für Wirtschaft und Häfen ist deren Kohärenz mit der strategischen Ausrichtung des Strukturkonzeptes entscheidend. Das Strukturkonzept bildet künftig die programmatische Basis, um mit den zur Verfügung stehenden Mitteln eine stabile und damit verlässliche Wirtschaftspolitik zu gewährleisten.